Stalin-Aufgebot: Erfahrungen einer Ortsgruppe Seite 6/7

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 11. Januar 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



Russen raus aus Afghanistan! Unter dieser Parole demonstrierten am 4. Januar mehrere hundert Menschen in Bonn. Sie waren einem Aufruf der Generalunion der afghanischen Studenten im Ausland gefolgt, der auch von der KPD/ML unterstützt wurde. „Nieder mit dem russischen Sozialimperialismus", „Nieder mit dem Imperialismus, Sozialimperialismus und Weltreaktion!" und „Für ein freies, unabhängiges und demokratische Afghanistan!" waren weitere Losungen, die von den Demonstranten verbreitet wurden. Diese Demonstration reihte sich ein in die weltweiten Proteste fortschrittlicher Kräfte gegen die russische Aggression, die sich nicht zum Spielball Washingtons und seiner Partner machen lassen.

Iran und Afghanistan

Supermächte schüren den Krieg

Von einem breiten Auflodern des Kampfes gegen die beiden Supermächte ist die Lage im Mittleren Osten gekennzeichnet. In Afghanistan sind die Vorstöße der sowjetischen Besatzer auf den erbitterten bewaffneten Widerstand des Volkes gestoßen. Ganze Einheiten der regulären Armee sind zu den Rebellen übergelaufen.

Der Iran erlebte in den letzten Tagen eine gewaltige Welle von Massendemonstrationen, in deren Verlauf mehrere Millionen Menschen ihre Bereitschaft bekundeten, den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus fortzusetzen und jede militärische Aggression Washingtons zu vereiteln.

Für alle Welt sichtbar drücken diese großen Kampfaktionen den Willen der Völker Irans und Afghanistans aus, ihre Geschicke selbst zu bestimmen und weder den amerikanischen noch den sowjetischen Militärstiefel in ihren Ländern zu dulden. Die Supermächte jedoch treten diesen Willen der Völker mit Füßen. Während Breschnews Armee darangeht, den Widerstand des afghanischen Volkes mit Panzerfeuer und Napalmbomben niederzuwalzen, schließt Carters Militärmaschine ihren Ring um den Iran immer enger.

Beiden Supermächten geht es nur um eines: um die Kontrolle über den Mittleren Osten mit seinen reichen Ölquellen. Sie sind zwei imperialistische Räuber, die jetzt im Streit um die Beute aufeinandergestoßen sind.

Aus dieser Tatsache erwächst nicht nur für die Völker des Mittleren Ostens, sondern auch für uns eine immer ernstere Bedrohung. Das Aufeinanderprallen der Supermächte hat die Kriegsgefahr weiter verschärft. Moskau will nicht mehr über die Raketenfrage verhandeln; Carter stoppt die Weizenlieferungen in die Sowjetunion — beide Seiten stehen sich immer feindseliger gegenüber.

Aufgerüstet wird wie nie zuvor und auch der beiderseitige militärische Aufmarsch im Nahen und Mittleren Osten geht weiter. So war unter den von Carter angekündigten „Gegenmaßnahmen" auch die Erklärung, daß die USA weitere Militärstützpunkte in dieser Region errichten werden. Zudem will Washington das pakistanische Regime weiter aufrüsten und außerdem die afghanischen Moslems mit Waffen unterstützen. Und das sind übrigens die gleichen Kräfte, die im Iran vom amerikanischen Imperialismus bis aufs Messer bekämpft werden, die dort zum Abschaum der Menschheit erklärt und mit einer maßlosen faschistischen Hetze überzogen werden. Gerade diese Tatsache zeigt wieder einmal in aller Deutlichkeit die Verlogenheit der amerikanischen Propaganda, die von der Abwendung einer „islamischen Gefahr" schwätzt, wo es nur um imperialistische Raubinteressen geht.

Angesichts der Verschärfung der imperialistischen Aggressionen, angesichts der sich ständig steigernden Kriegshetze müssen die Werktätigen auch in unserem Land den Kriegstreibern entgegentreten.

Hände weg von Afghanistan!
Hände weg vom Iran!

Zynische Zahlenspielereien

Die Zahl der Arbeitslosen wächst

NÜRNBERG. — Der monatliche Bericht der Bundesanstalt für Arbeit im Dezember weist 866 000 Arbeitslose auf, rund 68 000 mehr als im November. Die Arbeitslosenquote ist damit wieder auf 3,8 Prozent angestiegen. Die Tatsache daß, rechnet man die Familienangehörigen dazu, weitere über 100 000 Menschen vom Los der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, versucht die bürgerliche Presse, im Einklang mit den staatlichen Statistikern, durch alle möglichen Zahlenspielereien zu verniedlichen.

Den Betroffenen zum Troste wird da betont, letztes Jahr seien ja noch mehr Menschen ohne Arbeit gewesen, oder es wird einmal mehr der Winter verantwortlich gemacht, der ja nun im Dezember wahrlich so streng nicht war.

Dabei sind in diesen Statistiken weder die über 80 000 Kurzarbeiter mitgezählt, noch stellen diese Zahlen überhaupt die Wirklichkeit dar. Dieselben Zeitungen, die vor Wochen den Schwindel der Bundesanstalt für Arbeit mit der angeblich beseitigten Jugendarbeitslosigkeit aufdeckten, als bekannt wurde, daß 200 000 Jugendliche nur auf dem Papier vermittelt waren, führen jetzt die offizielle Zahl der Bundesanstalt an, die den damaligen Zahlen aus dem gefälschten Bericht entspricht: 70 000 Jugendliche seine arbeitslos.

Angesichts der verschiedenen Werksschließungen der letzten Zeit erscheint es auch für die Behörden dringend nötig, die Statistiken zu frisieren, und bei den zahlreichen Hiobsbotschaften über kapitalistische Stillegungspläne für das nächste Jahr soll dieses Problem rechtzeitig heruntergespielt werden.

Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze ist nicht, wie die Propaganda den Werktätigen weiszumachen versucht, überflüssig geworden, im Gegenteil, er steht dringender als je zuvor auf der Tagesordnung.

Kongreß der Grauen Wölfe verhindert

ESSEN.— Den Mietvertrag hatten die Grauen Wölfe schon in der Tasche, um am Sonntag, den 6. Januar im Essener Saalbau einen Kongreß abzuhalten. Sie hatten sich wie so oft als türkischer Idealistenverein getarnt. Doch viele Kollegen, insbesondere die türkischen, waren auf Draht. Der türkische Arbeiterverein und die IG Metall kündigten Protestaktionen an, falls die Stadt die Genehmigung nicht zurückziehen sollte.

Den zuständigen städtischen Behörden wurde der Boden zu heiß. Im Einvernehmen mit dem Saalbau-Pächter kündigten sie den Faschisten den Mietvertrag.

Eine von den Grauen Wölfen beantragte einstweilige Verfügung wurde vom zuständigen Verwaltungsgericht abgelehnt.

Am Samstag, den 5. Januar, errichteten Mitglieder der IG Metall und des türkischen Arbeitervereins einen Informationsstand in der Essener Innenstadt und klärten die Bevölkerung über den vermeintlichen Idealistenverein auf.



Neue Bluttat türkischer Faschisten in Westberlin

Türkischer Arbeiter ermordet!

WESTBERLIN. — Am Samstag, den 5. Januar, überfiel ein Kommando der türkischen faschistischen Nationalen Heilspartei am Kottbusser Damm in Westberlin eine Gruppe von Flugblattverteilern des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins und ermordete dabei den 36 Jahre alten C. Kesim. Dieser Überfall war keine sich plötzlich ergebende Auseinandersetzung, sondern ein geplanter Mordanschlag.

Ungefähr 20 Mitglieder des TDA hatten Flugblätter verteilt, in denen sie sich gegen die Drohungen der faschistischen Türkischen Generalität mit einem Militärputsch wandten. Sie wurden von 60 — 80 mit Stangen, Ketten und Messern bewaffneten Faschisten überfallen, die ihren Überfall aus einer nahegelegenen Moschee heraus begannen.

Sowohl in der Moschee selbst, als auch in davor geparkten Autos wurden weitere Waffen gefunden, Waffen, die von Kindern zur Moschee transportiert worden waren. 20 Verletzte, vier Schwerverletzte und ein Toter, das ist die blutige Bilanz dieser neuen Mordtat der türkischen Faschisten, die nur die letzte einer langen Reihe ist.

Die Forderung nach dem Verbot aller türkischen faschistischen Organisationen in der Bundesrepublik und Westberlin, die von allen demokratischen Kräften erhoben wird, wird angesichts dieses Vorfalls noch dringender. Die zynische Haltung des Berliner Senatssprechers, man wolle sich nicht in innertürkische Querelen einmischen, erweist sich als eine ganz klare Hilfestellung für den faschistischen Terror. Wieviel den deutschen Behörden das Leben eines türkischen Arbeiters wert ist, zeigt in aller Eindringlichkeit die Tatsache, daß für Kesim, der verblutete, erst nach 20 Minuten ein Krankenwagen kam.



Am 15.12.79 demonstrierten in Köln rund 2000 Menschen gegen die terroristische Tätigkeit der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik und Westberlin. Aufgerufen hatten die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (Aufbauorganisation) und die KPD/ML.

Erklärung des ZK der KPD/ML

Hände weg von Afghanistan! Hände weg vom Iran!

Während der USA-Imperialismus eine Aggression gegen den Iran vorbereitet, während die Carter-Regierung wirtschaftliche Sanktionen und eine Blockade gegen das iranische Volk zu verhängen droht und US-Kriegsschiffe im Persischen Golf kreuzen, nutzten die sowjetischen Sozialimperialisten die Sitution, um ihre Truppen in Afghanistan einmarschieren zu lassen und dort einen Staatsstreich zu inszenieren. Dieses aggressive und faschistische Handeln der sowjetischen Sozialimperialisten steht im krassen Gegensatz sowohl zu den Interessen des afghanischen, als auch des iranischen Volkes.

Heuchlerisch nehmen die USA-Imperialisten den Akt der iranischen Studenten, die Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran als Geiseln zu nehmen, zum Anlaß, um einen Hetzfeldzug ohnegleichen gegen den Iran zu führen. Einen Hetzfeldzug, der dazu dienen soll, das amerikanische wie auch die Völker der anderen Industriestaaten psychologisch auf einen Überfall auf den Iran vorzubereiten. Die Kreml-Zaren mit ihrer Aggression gegen Afghanistan leisten ihnen dabei Schützenhilfe.

Heuchlerisch schwätzen die USA-Imperialisten von einer Mißachtung der Regeln der diplomatischen Beziehungen, während doch alle Welt weiß, daß es gerade die US-Imperialisten waren und sind — wie die Geschichte vielfach beweist — die sich mit Spionage-, Diversionstätigkeit in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischten, Staatsstreiche und Komplotte gegen die fortschrittlichen Kräfte der Völker anzettelten, um faschistische Diktatoren an die Macht zu bringen oder zu stützen, wofür gerade die USA-Botschaft im Iran als langjähriges Spionage- und Diversionszentrum ein anschauliches Beispiel ist. Es ist nur recht und billig, solcher Art „Diplomaten" vor ein Gericht zu stellen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten verurteilt auf das entschiedenste den expansionistischen und räuberischen Überfall der sowjetischen Sozialimperialisten auf Afghanistan sowie die Sanktionen, die Carter gegen den Iran fordert und die Stationierung von USA-Truppen im Persischen Golf und anderen Ländern des Nahen Ostens. Sie stellen eine direkte Drohung gegenüber den Golfstaaten und allen arabischen Völkern dar.

Die KPD/ML unterstützt den gerechten Kampf sowohl des afghanischen Volkes gegen die sowjetischen Unterdrücker, als auch den des iranischen Volkes gegen den USA-Imperialismus, der beispielhaft für alle nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden unterdrückten Völker ist. Sie fordert die Werktätigen Deutschlands, sowohl im Osten als auch im Westen unserer Heimat, auf, sich mit aller Kraft gegen jeden Versuch ihrer Regierungen, ihrer herrschenden Klassen zu wenden, sie wegen der Herrschafts-, der Raub- und Ölinteressen der imperialistischen Mächte und multilateralen Konzerne in einen Krieg gegen die Völker des Nahen Ostens, in einen Weltkrieg gegeneinander hetzen zu lassen.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Krise Iran /Afghanistan

Strauß: BRD muß eingreifen!

Nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan hat sich in unserem Land die seit der Teheraner Botschaftsbesetzung laufende Kriegshetze noch weiter verschärft. Nur ein Beispiel: Die „Bild"-Zeitung forderte unverholen einen militärischen Einmarsch in das von Moskau kontrollierte Äthiopien.

In diesem Konzert der Kriegstreiber darf natürlich auch der Kanzlerkandidat Strauß nicht fehlen. Er hatte sich zwar in der letzten Zeit merklich zurückgehalten, hatte sich sogar um einen Besuch in Moskau bemüht, um den Ruf des politischen Abenteurers loszuwerden und sich als seriöser Staatsmann zu präsentieren, der durchaus auch mit dem Kreml verhandeln kann. In seiner jetzt veröffentlichten Erklärung zum Neuen Jahr jedoch kommt wieder der alte, der wahre Strauß zum Vorschein.

Die Erklärung enthält einen frontalen Angriff auf die Politik der Bundesregierung und der anderen NATO-Regierungen. Da heißt es etwa: „Für den Westen muß die Zeit des ängstlichen Lavierens, ohnmächtigen Treibenlassens und feiger Anpassung vorbei sein." Und solche Sätze kann man zu Dutzenden finden. Strauß sagt das wohlgemerkt, **nachdem** die NATO mit ihrem Raketenbeschluß eine neue Phase in der Vorbereitung des Atomkriegs eingeleitet hat, **nachdem** die amerikanischen Imperialisten ihre Kriegsschiffe gegen den Nahen Osten in Marsch gesetzt und mit der Aufstellung von Eingreiftruppen begonnen haben, **nachdem** sie mit Beteiligung Bonns und anderer NATO-Regierungen eine Wirtschaftsblockade gegen den Iran verhängt haben, usw.

Aber all das ist dem Kanzlerkandidaten der Union noch nicht genug. All das ist ihm nur Ausdruck von Ohnmacht und Feigheit. Strauß will mehr, er drängt auf einen noch aggressiveren Kurs vor allem gegen die erdölproduzierenden Länder, die er der „schrankenlosen Preispolitik" bezichtigt und gegen den Iran. Bezeichnend an der Erklärung des CSU-Chefs ist vor allem, daß er sich dafür stark macht, das Geschäft der Aggression und der Kriegstreiberei nicht allein der amerikanischen Supermacht zu überlassen.

Strauß: „Dieses funktionierende Zusammenwirken der freien Welt in ihrer europäischen und in ihrer amerikanischen Säule ist auch gefordert, um in den Krisengebieten des Mittleren Ostens und des südlichen Afrikas das Aufkommen globaler Konflikte und Brände zu verhindern." Im Klartext bedeutet das die Forderung nach einer aktiven und unmittelbaren Beteiligung der Bundesrepublik an dem Aufmarsch des US-Imperialismus gegen die Völker im Mittleren Osten und anderswo.

Und wie sollte denn eine solche Beteiligung aussehen? Man muß sich doch vor Augen führen, daß auch die jetzige Bundesregierung, die von Strauß der Feigheit bezichtigt wird, den aggressiven Kurs Washingtons politisch und wirtschaftliche rückhaltlos unterstützt. Was bleibt denn dann noch? Offenbar meint Strauß — auch wenn er es nicht klar ausspricht — ein militärisches Zusammengehen mit der amerikanischen Supermacht.

Und so ergibt sich die drohende und gefährliche Perspektive, daß ein Kanzler Strauß die Bundeswehr einsetzen würde, um den erdölproduzierenden Ländern ihre „schrankenlose Preispolitik" auszutreiben, um die „irrationale Gewaltherrschaft" im Iran zu beseitigen usw. Sollen deutsche Soldaten sterben für die Superprofite der Ölmultis, für die Raubinteressen der westdeutschen und amerikanisehen Imperialisten? So etwas darf nie geschehen! Die jetzt von Strauß entwickelte Perspektive zeigt erneut in aller Eindringlichkeit die große Gefahr, die für unser Volk von diesem Mann und seiner Clique ausgeht.

Stoppt Strauß! Das ist mehr denn je das Gebot der Stunde.

Gespräch Baum /Mahler

Warum ein scheinbar liberales Vorgehen des Staates?

BONN.— Innenminister Baum führt zur Zeit eine Offensive des Charmes gegen die kleinbürgerliche Linke. „Spiegel"-Gespräch mit dem Star-Widerrufer H. Mahler; im Prozeß gegen A. Proll, vorher jahrelang durch Europa gehetzt, wird jetzt plötzlich eingestanden, sie habe niemals auf Polizisten geschossen; solche und ähnliche Ereignisse der jüngsten Zeit weisen daraufhin, daß der westdeutsche Staat eine beweglichere Taktik einschlägt, mit dem Ziel, die kleinbürgerliche Linke wieder voll auf reformistischen Kurs zu bringen.

Nach den „Spiegel"-Bekenntnissen des Hans Joachim Klein, der, von der Presse bezahlt, aus dem Untergrund dazu aufruft, nicht nur der RAF, sondern jeder Gewalt abzuschwören, ist das jetzt veröffentlichte Gespräch des Innenministers mit Mahler ein neuer Höhepunkt dieser „Liberalisierungskampagne".

Die Agenten des Verfassungsschutzes, früher in der kleinbürgerlichen Linken der RAF und der spontaneistischen Gruppen als Provokateure tätig, haben sehr wohl erkannt, daß sich dort Resignation, Enttäuschung und Desorientierung ausbreiten. Dem wird jetzt mit dieser Freundlichkeitskampagne begegnet, die darin besteht, zu betonen, daß jeder, der seine radikalen Anwandlungen bereut, wieder in die „Gesellschaft" aufgenommen wird. Exemplarisch dafür der Fall Mahler. Er, der auf den Standpunkt gesunken ist, bei der er offen die Klassenneutralität des Staates propagiert, und den Weg der Reformen anrät, er darf jetzt reihum in verschiedenen Zeitungen seine neue Meinung zum Besten geben, ist Freigänger geworden. Was er dafür an Geld bekommt weiß man nicht. Was ihm aber winkt ist deutlich. Entweder eine Karriere als Reformpolitiker bei der SPD, oder aber, so er will, wären da auch noch die Grünen eine Möglichkeit. Es ist kein Zufall, daß diese Bewegung, in der die Reaktionäre die Oberhand haben, gerade zu einem Zeitpunkt von den Medien ins Zentrum der Berichterstattung gerückt wird, wo es bei der kleinbürgerlichen Linken, einschließlich der sogenannten K-Gruppen, Zerfallserscheinungen gibt. Leuten, die diesen oder einen ähnlichen Weg nehmen, ist die Bourgeoisie gerne bereit, frühere Feindschaft zu verzeihen.

Bestimmt werden sie in ihrem Bemühen, Leitbilder für diesen Weg zu finden, noch auf Leute stoßen, die sich vielleicht besser dazu eignen als Mahler, der seinen Reformismus sehr offen vertritt.

Dabei gibt sich Baum sehr selbstkritisch und äußerst diskussionsbereit. Und es ist nicht auszuschließen, daß die Kapitalisten und ihr Staat mit diesem Vorgehen erfolgreich sind, schwankende, verunsicherte kleinbürgerliche Linke offen auf ihre Seite zurückzuholen.

Für diejenigen, die ein ernsthaftes Anliegen haben, die einen Grund haben zu kämpfen und dies auch tun, für die hat man das andere Vorgehen reserviert. Gerichtliches Streikverbot und Aussperrung, politische Prozesse und neues Polizei(handgranaten)gesetz und einen neuen starken Mann im Hintergrund. Kein neues Vorgehen also, nur die alte Taktik von Zuckerbrot und Peitsche, hier das Zuckerbrot für Herrn Mahler.



Ex-Anwalt H. Mahler in angeregtem Gespräch mit Bundesinnenminister Baum.

Der Trick mit dem Pillenknick

Hamburger Schulsenator warnt vor Lehrerstudium

HAMBURG.— Nachdem die Konferenz der Länderfinanzminister Anfang Dezember durch das kategorische Nein zur Neueinrichtung von Lehrerstellen die Lehrerarbeitslosigkeit zementiert hatten, schaltete sich Anfang des Jahres der Hamburger Schulsenator Joist Grolle (SPD) mit einem bemerkenswerten Vorschlag zum Abbau dieser Arbeitslosigkeit in die Diskussion ein.

„Guten Tag, ich bin die Lehrerschwemme! Seid ihr der Pillenknick?"

„Der Andrang zum Lehrerstudium ist immer noch unvertretbar groß", erklärte er im Rahmen der Antwort auf eine Anfrage der Bürgerschaft zum Lehrerbedarf in den 90er Jahren. Würde die Zahl der Lehrerstudenten nicht drastisch reduziert, würden zum Ende des Jahrzehnts nur noch ein Drittel aller Hochschulabsolventen Aussicht auf eine Lehrerstelle haben.

Eine kühne These, die umso verwunderlicher erscheint, als heutzutage dem akuten Lehrermangel in den Schulen ein akutes Überangebot an ausgebildeten Lehrern auf dem Arbeitsmarkt gegenübersteht.

Der Pillenknick ist es, der — zumindest laut Grolle — diesen Zustand radikal ändern wird. Nach Berechnungen des Senats werden in der Zeit von 1980 bis 1985 die Schülerzahlen an allen öffentlichen Hamburger Schulen um 25 Prozent abnehmen.

Doch bei Lichte besehen ist dieser Pillenknick lediglich der Vorwand, erstens keine neuen Lehrerstellen einzurichten, und zweitens, die Zahl der Lehrer für die Zukunft sogar noch zu reduzieren.

Denn an der Abschaffung der Lehrerarbeitslosigkeit, die gleichzeitig die Klassen kleiner machen würde, was Schülern und Eltern zugute käme, denken weder die Finanzminister der Länder noch das SPD-Mitglied Grolle.

Seit ihrer Gründung 1975/76 greift die KPD/ML-Sektion DDR immer stärker in den aktuellen Klassenkampf ein. Eines ihrer Instrumente ist dabei das illegale Sammelflugblatt „Der Rote Stachel", das in bestimmten Abständen erscheint und in dem die Genossen zu allgemeinen Fragen der revolutionären Politik sowie zu aktuellen Ereignissen Stellung nehmen. In der Ausgabe vom Oktober 1979 beispielsweise erschien nachstehender Artikel zu den laufenden Gewerkschaftswahlen, in dem die Genossen den ostdeutschen Arbeitern eine Orientierung in den taktischen Fragen der Betriebsratswahl zu geben versuchen: — Ein interessantes Beispiel der Umsetzung der revolutionären Politik auf die Verhältnisse in den Betrieben der revisionistisch entarteten DDR.

DER ROTE STACHEL Sammelflugblatt der KPD/ML, Sektion DDR, Oktober 1979

Gewerkschaftswahlen 1979

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 15.10.1979 beginnen in den Betrieben die Gewerkschaftswahlen an der Basis. 8,7 Millionen Mitglieder des FDGB wählen ihre Vertrauensleute. Die übergroße Mehrheit der FDGB-Mitglieder sind ehrliche und fleißige Menschen, die es bedauern, daß die Gewerkschaft bei uns in der DDR in einen Reiseverein verwandelt wurde. Dieser katastrophale Zustand des FDGB wurde durch die Politik der SED-Führung, deren Mitglied Harry Tisch ist, verordnet. Die Ulbricht-Honecker-Clique hat die Organisation der parteilosen Arbeiter in eine Arbeitsfront verwandelt, die in Vielem an die Hitlerzeit erinnert. Denken wir nur an das fehlende Streikrecht, was ja ein elementares Recht darstellt. Das Argument — niemand streikt gegen sich selbst — ist völliger Blödsinn, denn niemand kann behaupten, daß dieses Recht auch ausgenutzt werden muß, wenn man es hat. Wie gesagt, wenn man es hat!

Doch wir sind nicht wehrlos

Die reaktionäre FDGB-Führung kann an einem Faktor nicht vorbei, denn die Gewerkschaftswahlen beginnen nämlich an der Basis. Im gesamten Wahlmechanismus ist der Vertrauensmann die einzige gewerkschaftliche Funktion geblieben, in der der Kollege oder die Kollegin in Urabstimmung direkt von den Arbeitskollegen gewählt wird. Die Vertrauensleute sind also ein Unsicherheitsfaktor für die Herrschaften in den Vorständen und Leitungen. Versteht Ihr jetzt Eure, wenn auch kleine Macht?! Darum sollte sich jeder von Euch gründlich überlegen, ob der zu wählende Kollege der anstehenden Aufgabe gewachsen, ob er ehrlich Eure Interessen vertreten wird und kann. Es gilt also gründlich zu überlegen. Besprecht Euch vor der Wahl, denn dieser „Posten" erfordert Rückgrat, will er gut ausgefüllt werden.

Wie sollte Euer Vertrauensmann aussehen?

Er sollte zu allererst ehrlich, ordentlich und kein Faulenzer sein. In der Regel ist es notwendig, daß er nicht nur als „Funktionär" in Ordnung ist, sondern daß man sich tatsächlich auf ihn verlassen kann. Denn die Chefs werden schonungslos seine „Schwächen" aufzeigen, wenn er sein Haupt nicht beugen will. Intriganten und Schmarotzer gehören nicht auf diesen Posten, genausowenig wie die Günstlinge des Chefs, denn Ihr braucht doch keinen Vertrauensmann des „Abteilungsleiters"!

Stört es, wenn Euer Kandidat Mitglied der SED ist? Nein, denn die Parteimitglieder an der Basis meinen es zum großen Teil ehrlich. Sie wissen, daß sie Proleten sind und auch bleiben werden. Die meisten einfachen SED-Mitglieder sind also im Gegensatz zu deren Führung noch nicht so restlos versaut! Entscheidend bleibt auch für SED-Kollegen, wie sie sich für Eure Interessen einsetzen, wenn es sein muß auch gegen die Obrigkeit.

Was gibt es weiter zu beachten?

Es ist sehr wichtig, daß der Stellvertreter Eures Bevollmächtigten ebenfalls keine Flasche ist. In der Regel wird er für die „Kultur" verantwortlich sein. Das heißt, er organisiert die Brigadefeiern und Ausflüge mit und sollte daher seine Kultur nicht nur vom „Werbefernsehen" erworben haben. Es ist einfach wichtig, daß sich jemand über Eure gemeinsamen Stunden nach Feierabend gute Gedanken macht und auch handelt. Außerdem müssten Vertrauensmann und Stellvertreter die Hauptarbeit bei der Erstellung des quartalsmäßigen Wettbewerbs leisten. Dabei gilt es zu beachten, daß sich keiner von beiden verdrückt, sondern daß sie so gut wie möglich zusammenarbeiten. Diese Aufgabe um den „Wettbewerb" gehört zu den undankbaren, schmutzigen Aufgaben des Vertrauensmannes, denn Lug und Trug sind gefragt und der sozialistische Wettbewerb besteht nur noch dem Namen nach, nicht aber seinem Inhalt, seinem Klassenwesen nach. Trotzdem gilt es, auch diesen Berg geschickt zu überwinden, damit für Eure wirklichen Interessen der Weg geebnet wird.

Es gibt natürlich auch Fälle, da sitzen die Günstlinge der Chefs so fest im Sattel, daß man ihre Ablösung noch nicht erreichen kann. Noch hat nicht jeder diese Leutchen durchschaut, noch stellt sich kein Besserer zur Wahl, noch ist die Einschüchterung groß. Was gilt es hier zu tun, wie handeln? Grundfalsch wäre es zu schweigen und seine „Pflichtstimme" abzugeben, unter dem Motto — ich kann ja doch nichts tun! Richtig verhält man sich, wenn man Mißstände in der bisherigen Gewerkschaftsarbeit aufzeigt und Fehlverhalten dieses zu „wählenden Kollegen" aufzeigt. Es wäre gut, bestimmte Auflagen, Brigadeaufträge die überprüfbar sind, anzuregen. Ein realistisches Ziel, eine klare, alle berührende Aufgabenstellung bringt selbst den selbstherrlichsten „Vertrauensmann" zum schwanken und aktiviert die Kollegen. Ansonsten gilt es mit nein zu stimmen, oder sich der Stimme zu enthalten, denn die Unterstützung von Speichelleckern kann niemand von uns verlangen!

Was kann der Vertrauensmann für seine Kollegen tun, wo sind seine Möglichkeiten?

Der FDGB-Führung ist diese Position des Vertrauensmannes als in erster Linie Vertrauter seines Arbeitskollektivs natürlich ein Dorn im Auge. Nichts wird von ihr unversucht gelassen, um die Vertrauensleute mehr als bisher in die „Interessen" der FDGB-Leitungen einzubinden und sie zu Übermittlern der „Meinung von oben" zu mißbrauchen. Ein berüchtigtes Beispiel dafür sind die sogenannten Vertrauensleutevollversammlungen in den Betrieben auf denen zum Beispiel die Wettbewerbsbeschlüsse gefaßt werden. Da werden von der BGL den Vertrauensleuten fix und fertige „Verpflichtungen" verlesen, denen dann die Vertrauensleute ihre Zustimmung geben sollen. Der Wirbel, der entsteht, wenn ein Vertrauensmann dann sagt, daß er ohne Beratung und Zustimmung seiner Gewerkschaftsgruppe nicht berechtigt ist dafür zu stimmen, den kann sich jeder vorstellen.

Das Dilemma für die „Funktionäre" ist, sie können nichts dagegen machen. Der Vertrauensmann hat eigentlich nur sein Mandat ernst genommen, sich vor jeder Stimmabgabe mit seinen Kollegen zu beraten und deren Meinung zu hören.

Bis jetzt sind das seltene Ausnahmen. Das braucht doch aber nicht so zu bleiben. Es ist eine der vielen Möglichkeiten, klug und geschickt die Widersprüche auszunutzen und die arbeiterfeindliche Politik des FDGB zu entlarven.

Natürlich hat es bis jetzt kein Vertrauensmann geschafft, dadurch einen Beschluß zu verhindern. Trotzdem wird auf diese Weise Druck auf die FDGB-Funktionäre ausgeübt. Häufen sich solche Fälle, wird es den FDGB-Leitungen nicht mehr so leicht fallen, die innergewerkschaftlichen Spielregeln mit Füßen zu treten. Außerdem denken die Kollegen intensiver darüber nach, wie sie vom FDGB verklapst werden, was der FDGB von der „Gewerkschaftsdemokratie" wirklich hält. Auch andere Vertrauensleute, die teils aus Resignation in den Vertrauensleutevollversammlungen immer mit „ja" gestimmt haben beginnen, meist mit aktiver Hilfe ihrer Arbeitskollegen, intensiver über ihren Verantwortung gegenüber ihren Kollegen nachzudenken.

Das ist eine der vielen Möglichkeiten. Es gibt in der Betriebspraxis noch eine Reihe mehr. Hingewiesen sei auf den Beschluß zum BKV, zu Sonderschichten, zusätzlichen Schichten an arbeitsfreien Tagen, Einführung neuer Lohnformen und weitere Dinge.

Auch haben die Vertrauensleute das Recht zu fordern, daß BGL-Mitglieder oder Hauptamtliche in den Gewerkschaftsversamlungen zu solchen Dingen Stellung nehmen, die die Kollegen wirklich bewegen. Solche Fragen wie:

- Warum stagnieren die Löhne bei steigenden Preisen?
- Warum bekommen wir so einen hohen Anteil Ferienplätze in der Vor- und Nachsaison, wo sind die Plätze der Hauptsaison?
- Was nützt das Gerede vom WAO — für uns ändert sich doch nichts in Punkto Arbeitsbedingungen!
- Wie kommen wir zu einem realen Plan, der ohne Überstunden erfüllbar ist?
- Wo bleiben unsere Mitgliedsbeiträge, wer bekommt die Solidaritätsgelder?
- Wann bekommen wir endlich vernünftige Umkleideräume oder sanitäre Einrichtungen?
- Wie sieht es mit den Schiebereien in der „Neuererbewegung" aus?
- Wann bekommen wir endlich neue Arbeitssachen und wie sieht es mit deren betrieblicher Reinigung aus?
- Wann verbessert sich das Kantinenessen? usw.

können vom Vertrauensmann gestellt werden, weil es Dinge sind, die in vielen Brigaden immer wieder diskutiert werden.

In den Brigaden und Schichten entscheiden wir zwar nur scheinbar kleine Dinge, üben aber dadurch einen relativen Druck nach oben aus. Wir müssen weg von der allgemeinen Stimmung — man kann ja doch nichts tun! Passivität und Kadavergehorsam lassen die Chefs und SED-Bonzen immer dreister werden und unser stillschweigendes Dulden fällt schließlich auf uns selbst zurück. Wer uns den Gürtel enger schnallen will, sei es durch gesteigerte Arbeitshetze oder schleichende Preiserhöhungen, der soll spüren, daß wir reifer geworden sind und nicht mehr alles schlucken. Hinzukommt, daß Forderungen auch noch geschickt in „SED-Argumente" verpackt werden können und die Abteilungsleiter und Funktionäre werden ratlos. Schließlich können sie ja ihr „sozialpolitisches Programm" nicht restlos unter den Tisch kehren.

Überlegt Euch also sehr gut, wen Ihr aus Eurer Mitte beauftragt. Auf jeden Fall sollte es eine Frau oder ein Mann eures Vertrauens sein.



(Erläuterungen: FDGB = Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Harry Tisch = Vorsitzender des FDGB; Mitglied des SED-Politbüros
WAO = Wirtschaftliche Arbeitsorganisation)



Die Honecker-Clique fürchtet, daß unter den ostdeutschen Werktätigen das polnische Beispiel Schule macht: Aufruhr gegen unverschämte Preiserhöhungen und Versorgungsschwierigkeiten. Das Bild zeigt die Arbeiter des Traktorenwerkes in Ursus, die 1975 den Zug Warschau-Berlin stoppten.

DDR-Haushalt 1980

Weitere Lasten für die Werktätigen

Auf Sitzungen des Zentralkomitees der SED und der Volkskammer der DDR wurden im Dezember die wirtschaftlichen Richtlinien und der Haushalt für das Jahr 1980 festgelegt bzw. verabschiedet. Beide Gremien konstatierten ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten; die Maßnahmen, die sie beschlossen, sind jedoch nur geeignet, die Schwierigkeiten zu vertiefen und die DDR weiter in die Krise zu führen.

In seiner Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der SED am 13./14. Dezember 1979 gab Honecker vor allem der Entwicklung auf den westlichen kapitalistischen Märkten mit ihren Preissteigerungen, Engpässen und Handelsbeschränkungen die Schuld an der wirtschaftlichen Misere. Honecker: „Auf Grund unserer Rohstofflage und der starken Abhängigkeit von den Außenmärkten trifft es uns aber besonders hart (...) Für die gleiche Menge Roh- und Brennstoffe müssen wir heute das Mehrfache an Exportwaren zur Verfügung stellen wie zu Beginn der 70er Jahre. So hat sich zum Beispiel der Anteil der Maschinen und Ausrüstungen an unserem Export, den wir zur Bezahlung der Erdölimporte benötigen, seit 1970 mehr als verdreifacht."

Honecker verschweigt, daß es vor allem die Sowjetunion ist, die über Rohstoffverteuerungen die DDR zunehmend ausplündert. Was zum Beispiel das Erdöl betrifft, ist die Sowjetunion der Hauptlieferant; die von Honecker beklagten Exportlieferungen sind so zum großen Teil in die Sowjetunion gegangen. — Honecker nennt in seiner Rede Zahlen: 70 Prozent des gesamten Außenhandelsumsatzes der DDR entfallen auf die Länder des Ostblocks, und von diesen 70 Prozent die Hälfte allein auf die Sowjetunion. Für das Jahr 1979 galten nach Honecker folgende absolute Zahlen und Steigerungsraten: „Bis zum 30. November haben wir in die sozialistischen Länder für 34,3 Milliarden Mark Exporte ausgeliefert, das sind 6,7 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Davon gingen allein in die UdSSR Ausfuhren von 16,2 Milliarden Mark, was eine Steigerung von 7,3 Prozent bedeutet." Dieser Trend wird sich nach dem Willen des Zentralkomitees der SED und der Volkskammer der DDR im Wirtschaftsjahr 1980 noch verstärken; verstärken werden sich damit die wirtschaftliche Abhängigkeit Ostdeutschlands von der Sowjetunion, die imperialistische Ausplünderung und damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Ausrüstung der DDR mit Kernkraftwerken und Kernenergie 1980 weiter verstärkt werden soll. Damit wird die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, die das Uran liefert, vervollständigt.

Auch ein zweiter Hebel zur Zerrüttung der DDR-Wirtschaft, die Militarisierung im Rahmen der Aggressionspolitik des Warschauer Paktes, wird 1980 zügig vorangetrieben, die Aufrüstung entgegen allen Friedenstiraden verstärkt: Um 8,4 Prozent sollen — so die sicherlich untertriebenen offiziellen Zahlen — die Ausgaben für die Rüstung hochgeschraubt werden.

In seiner Rede auf dem ZK-Plenum kündigte Honecker massive Preiserhöhungen für das Jahr 1980 an. Artikel des Grundbedarfs sollen zwar — zunächst — noch im Preis gleichbleiben; doch sollen Waren mit höherem Gebrauchswert sowie neueingeführte Produkte im Preis deutlich verteuert werden. Man hat den Eindruck, daß angesichts etwa des polnischen Beispiels, wo Preiserhöhungen zu Volkserhebungen führten, Honecker mit einer gewissen Vorsicht zu Werke geht, die Preiserhöhungen geschickt in einer kosmetischen Verpackung serviert.

Neben der Teuerung ist es die weitere Steigerung of der Arbeitshetze, mit der Honecker und Co. die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu lösen versuchen. „Die Arbeitsproduktivität wuchs in dieser Zeit 1976-1979 um rund 60 Prozent. Ihre Steigerung erweist sich immer mehr als die wichtigste Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung." — Immer wieder betonte Honecker in seiner Rede vor dem ZK-Plenum die Rolle, die in seinen Plänen der Rationalisierung, die Einsparung von Arbeitsplätzen, der Verkürzung von Bauzeiten etc. zukommt.

Die wesentlichsten wirtschaftlichen Inhalte des Haushaltsplans der DDR für das Jahr 1980 lassen sich so zusammenfassen: Verstärkung der Abhängigkeit und damit der Ausbeutung durch die Sowjetunion, verstärkte Militarisierung, Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen mittels Preiserhöhungen und Verstärkung der Arbeitshetze.

Stahlarbeiter gegen Arbeitsplatzvernichtung

Rotglut ruft zur Solidarität auf

KPD/ML-Betriebszeitung: Gemeinsamer Kampf gegen Stillegungspläne

DÜSSELDORF.— Düsseldorf ist der Sitz des Mannesmann-Konzerns. Seit einiger Zeit stehen die Stahlarbeiter der Mannesmann-Betriebe in Hilden und Langenfeld — zwei Orte in der Nähe Düsseldorfs — im Kampf gegen Stillegungspläne der Mannesmann-Bosse. Insgesamt mehr als 1 300 Arbeitsplätze sollen vernichtet, das Röhrenwerk in Hilden soll ganz stillgelegt werden.

Angriffe auf die Arbeitsplätze gibt es in allen Stahlkonzernen, ob bei Hoesch, Thyssen oder Klöckner. Die Stahlbarone haben jedoch Absprachen getroffen. Sie wollen die Stillegungen und Entlassungen so „dosieren" und „koordinieren", daß die Gefahr einer geschlossenen, machtvollen Bewegung der Stahlarbeiter zur Verteidigung der Arbeitsplätze möglichst gering ist.

Welches Gegenmittel gibt es gegen diese Taktik? Das einzige Mittel ist, die Kollegen über dieses Vorgehen der Konzernherren aufzuklären und gleichzeitig die gewerkschaftliche Organisierung als Waffe für gemeinsame Aktionen und für die Schmiedung einer Solidaritätsfront einzusetzen.

Genau das ist es, was die Herren Loderer, Herb und Konsorten aber nicht wollen. Sie wollen uns ins Messer der Arbeitsplatz-Vernichter rennen lassen. Demgegenüber propagiert unsere Partei die Solidarität und den gemeinsamen Kampf der Belegschaften zur Verteidigung der Arbeitsplätze.

Im folgenden drucken wir einen Artikel aus unserer Betriebszeitung „Rotglut" ab. „Rotglut" wird von der Betriebszelle unserer Partei bei Böhler, einem Stahlbetrieb in Düsseldorf, herausgegeben.

Gemeinsamer Kampf gegen die Stillegungspläne

Am Freitag, den 7. 12., vor dem Mannesmann-Verwaltungsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer: ca. 150 Arbeiter und Angestellte der Mannesmann-Röhren-Werke Hilden protestieren gegen die geplante Stillegung des Werkes. Sie rufen Sprechchöre wie „Hilden muß leben — der Vorstand muß gehen!" und tragen Transparente, auf denen die Profitgier der Mannesmann-Kapitalisten angeprangert und die Erhaltung aller Arbeitsplätze gefordert wird.

Das war der bisherige Höhepunkt im Kampf der Hildener Mannesmann-Kollegen um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. (Mannesmann plant die Vernichtung von je 660 Arbeitsplätzen in Hilden und Langenfeld.)

Ihr wißt alle, daß solche Stillegungspläne weder im Mannesmann-Konzern noch insgesamt in der Eisen- und Stahlindustrie Einzelerscheinungen sind.

Wir erinnern nur an die Stillegung des Reisholzer Werkes vor zwei Jahren, an die geplante Stillegung in Bielefeld-Brackwede, die nur durch einen entschlossenen spontanen Streik verhindert werden konnte. An die Stillegungen von MRW Huckingen und Mündelheim, von Schwiethke in Düsseldorf und von Thyssen direkt vor unserer Tür in Oberkassel.

Und wir erinnern vor allem an die Entwicklung hier im Werk selbst. Es ist noch kein Jahr her, da hieß es: entweder eine Finanzspritze oder Teilstillegung! Gleichzeitig läuft seit Jahren ein Sozialplan, mit dem durch vorzeitige Pensionierung und „natürliche Abgänge" über tausend Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen!

Jedem vernünftig denkenden Menschen muß die Stillegung eines Werkes, in dem die Produktion läuft und so Werte geschaffen werden, als absolut unsinnig erscheinen. Gibt es denn zu viele Industrieerzeugnisse auf der Welt? fragt man sich, zu viele Nahrungsmittel? zuviel Kleidung? zu viele Medikamente?

Aber solche vernünftigen Gedanken interessieren einen Kapitalisten nicht. Er produziert nicht, was gebraucht wird, sondern was ihm hohe Profite einzubringen verspricht.

Und Konzerne wie Mannesmann oder auch Böhler zögern keine Sekunde, tausende Arbeitsplätze zu vernichten, wenn ihnen eine anderweitige Kapital-Investition noch höhere Profite verspricht.

Deshalb ist es auch völlig zwecklos, an die Vernunft der Kapitalisten zu appellieren. Die einzige Sprache, die sie verstehen, ist der geschlossene kompromißlose Kampf.

Die Rationalisierungsmaßnahmen in der EG-Stahlindustrie wurden im sogenannten Stahlkartell längerfristig abgesprochen. Unter anderem, um „soziale Spannungen" zu vermeiden. So soll in einem bestimmten Gebiet die nächste Stillegung immer erst dann in Angriff genommen werden, wenn sich die Wogen der vorhergegangenen einigermaßen geglättet haben.

So wie man innerbetrieblich die Arbeitsplatzvernichtung über mehrere Jahre verteilt, um geschlossene Gegenmaßnehmen der betroffenen Belegschaft zu erschweren, versucht man auch im Rahmen der gesamten westeuropäischen Stahlindustrie vorzugehen, um die Solidaritätsaktionen innerhalb eines Konzerns oder darüberhinaus unmöglich zu machen.

Gerade deshalb ist es für uns alle existenznotwendig, Solidarität zu üben und die Kollegen von MRW Hilden und Langenfeld mit allen Mitteln in ihrem Kampf zu unterstützen.

An den Protestaktionen der Kollegen aus Hilden und Langenfeld haben sich bisher weder Betriebsräte- noch Vertrauensleute-Delegationen aus anderen Stahlbetrieben der Umgebung beteiligt.

Das muß sich schnellstens ändern!!

Die betriebsbornierte Einstellung von Leuten wie dem Betriebsratsvorsitzenden H.O. Christiansen (MRW Düsseldorf-Rath) paßt den Unternehmern so gut ins Konzept, daß sie dafür auch mal eine größere Belohnung ausspucken. Christiansen wird Personalchef im Werk Mülheim.

Bei Böhler gibt es ganz ähnliche Beispiele... (wer hat da Rustemeier gesagt?!). Die Leute haben ihre Gründe für ihren Egoismus, wir sollten um so mehr Grund zur Solidarität haben.

SOLIDARITÄT TUT NOT! KAMPF JEDER VERNICHTUNG VON ARBEITSPLÄTZEN!



Vor der Konzernverwaltung von Mannesmann in Düsseldorf demonstrierten Kollegen vom Werk Hilden gegen die Stillegungspläne der Mannesmann-Kapitalisten.

DGB-Aktionen gegen Aussperrung

Fordert massenhaft das Verbot der Aussperrung!

KPD/ML ruft zur Unterstützung der Gewerkschaftskampagne auf

Vor kurzem hat der Bundesvorstand des DGB den Beschluß gefaßt, daß vom Jahresbeginn an bis zum 20. Februar Aktionen der Gewerkschaften gegen die Aussperrungspraxis der Unternehmer stattfinden sollen.

Der Beschluß sieht sowohl dezentrale Aktivitäten auf Bezirks- und Kreisebene, als auch Maßnahmen und Aktionen auf zentraler Ebene vor. Am 26. Januar soll in der Eilenriedhalle in Hannover eine zentrale Kundgebung stattfinden.

Unsere Partei, die KPD/ML, ruft zur Unterstützung dieser Kampagne des DGB auf. Tragen wir nach Kräften dazu bei, daß die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung so machtvoll wie möglich erhoben wird! Unterstützen wir die Aufklärung der Kollegen und der Bevölkerung über den Charakter der Aussperrung als brutales Machtinstrument der Unternehmer. Denn mit dem Aussperrungsknüppel sollen wir, die Arbeiter und kleinen Angestellten, gezwungen werden, uns widerstandslos den Angriffen der Konzernherren auf unsere Interessen zu beugen. Durch die Aussperrung wird das Streikrecht unterlaufen, sollen die Gewerkschaften geschwächt werden.

Die DGB-Aktivitäten gegen die Aussperrung sind zum jetzigen Zeitpunkt gerade deshalb so notwendig und wichtig, weil Ende März zum ersten Mal das Bundesarbeitsgericht in Kassel über Klagen von Kollegen der IG Druck und der IG Metall gegen die Aussperrung des Jahres 1978 verhandelt (wir hatten im RM gemeldet, daß diese Verhandlung am 3. und 4. März stattfinden soll. Inzwischen liegen jedoch neue Informationen vor, nach denen der Termin auf den 24. und 25. März verschoben worden ist).

Gerade jetzt muß den Herren im Bundesarbeitsgericht vor Augen geführt werden, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten den Aussperrungsterror einhellig verurteilen, daß wir geschlossen für die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung eintreten. Zugleich muß den Bundesarbeitsrichtern klargemacht werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung diese Forderung der Arbeiterklasse unterstützt.

Leider soll die Kampagne nach dem Beschluß des DGB-Bundesvorstands bereits am 20. Februar beendet werden. Das ist ein Unding. Mit dem Näherrücken des Verhandlungstermins in Kassel müßte die Kampagne logischerweise verstärkt werden. Die Verhandlungstage müßten zum Anlaß genommen werden, bundesweite Aktionen oder eine machtvolle zentrale Demonstration und Kundgebung durchzuführen.

Die DGB-Bonzen jedoch lehnen dies mit dem Argument ab, wir dürften das Bundesarbeitsgericht nicht unter Druck setzen. Dieser Standpunkt geht von der Vorstellung aus, die Justiz und das Bundesarbeitsgericht seien unabhängig und neutral. Die Erfahrungen, wie beispielsweise die bisherige mehrfache Legalisierung des Aussperrungsterrors durch das Bundesarbeitsgericht, beweisen jedoch das Gegenteil.

Das Bundesarbeitsgericht ist eine reaktionäre, arbeiterfeindliche Institution. Nur wenn sie unter einem massiven Druck stehen, wenn die Kampfentschlossenheit der Arbeiter und Angestellten machtvoll demonstriert wird, bestehen überhaupt Aussichten, daß die Richter in Kassel vor einem reaktionären Urteil zurückschrecken.

Diskutieren wir über diesen Punkt in den Gewerkschaften. Richten wir an die DGB-Führung die Forderung nach einer konsequenten Durchführung der Kampagne.

Bauarbeiter fordern:

Ausreichende Winterschutzkleidung und ordentliche Tagesunterkünfte

Arbeiterkorrespondenz

Die Zustände auf vielen Baustellen sind weiterhin nur als miserabel zu bezeichnen. Die harte Konkurrenz auf diesem Bereich läßt die Unternehmer an jeder Ecke sparen, vor allem auch in der Sicherheit am Arbeitsplatz.

Aus einer parlamentarischen Anfrage an die rheinland-pfälzische Landesregierung geht hervor, daß allein 1978 bei 5 625 gewerbeaufsichtlichen Baustellenkontrollen über 16 000 (!!!) Beanstandungen festgestellt wurden.

Im einzelnen wurden 9 900 Verstöße gegen Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsplätze festgestellt, 3 283 Verstöße bei Maschinen (!!!), Geräten und Elektroanlagen, und 2 100 Fälle von unzureichenden Schutzausrüstungen. Über 1 100 mal wurden die Pausen- und Sanitäreinrichtungen beanstandet.

Eine Schwerpunktaktion zur Kontrolle der „Sozialeinrichtungen" und der Winterschutzkleidung im Januar und Februar 1979 auf 594 Baustellen ergab 1 921 Verstöße gegen die Arbeitsschutzbestimmungen. In 453 Fällen war die vorgeschriebene Winterschutzkleidung der Arbeiter nicht oder nur in schlechtem Zustand zur Verfügung gestellt worden.

Auf 52 der kontrollierten Baustellen fehlte eine Tagesunterkunft für die Pausen ganz! Von den vorhandenen Tagesunterkünften wurden 538 (also fast alle!) als mangelhaft eingestuft. 7 hatten nicht einmal eine Heizung, 181 hatten keine Vorrichtung zum Wärmen mitgebrachter Getränke. Dann klagen die Unternehmer über Ausfälle durch Krankheit! Auf 121 Baustellen konnten die Bauarbeiter ihre nasse Arbeitskleidung nicht trocknen. In 97 Fällen gab es keine Waschmöglichkeit und in 63 keine Baustellentoilette.

Wie Dr. Gölter (er ist gleich Arbeits-, Sozial- und auch noch Umweltminister in Rheinland-Pfalz) mitteilte, wurde bei 144 Baustellen mit besonders schwerwiegenden Verstößen gegen Schutzbestimmungen die „Mängelbeseitigung" sogar förmlich angeordnet.

Die Bauunternehmer verstoßen immer wieder gegen gesetzliche Vorschriften. Für sie gilt kein Gesetz, außer dem, bei ihnen arbeitenden Menschen herauszuschlagen.

Stahl- und Metalltarifrunde

Verhandlungen beginnen

Rund vier Millionen Arbeiter und Angestellte betroffen

Die Tarifrunde für die Metall- und Stahlindustrie tritt in ihre heiße Phase ein: Jetzt beginnen die Verhandlungen. Betroffen sind insgesamt mehr als vier Millionen Kollegen und Kolleginnen.

Am 10. Januar treffen die IGM-Führer zum ersten Mal mit den Metallunternehmern zusammen. Dabei geht es um die Lohn- und Gehaltstarife im Tarifgebiet Rheinland/Hessen der Metallindustrie.

Bereits am 11. Januar folgen Tarifgespräche im Nordverbund und im Saarland. In den Bezirken Hessen und Südbaden wird am 14. Januar verhandelt, im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden am 15. Januar; Südwürttemberg/Hohenzollern am 17. Januar.

Die Vertrauensleutekörper der IG Metall hatten Forderungen zwischen 12 und 17 Prozent aufgestellt. Oft wurden auch Festbeträge gefordert. Beispielsweise forderte der Vertrauenskörper der IGM bei Opel in Rüsselsheim 250 Mark für alle. Der IGM-Vorstand jedoch war für niedrigere Forderungen. Er erließ kurz vor dem Zusammentreten der Tarifkommissionen die Forderungsdirektive: maximal 10,5 Prozent.

Leider setzen Loderer und Konsorten sich damit in den Tarifkommissionen durch. So bewegen sich die Forderungen jetzt zwischen 9,5 Prozent (Eisen und Stahl in NRW) und 10,5 Prozent (Volkswagenwerk AG). Im Nordverbund wurde eine Mischforderung festgelegt: 5,5 Prozent plus 75 Mark monatlich.

Ein Fortschrit ist es, daß in vielen Tarifgebieten die Prozentforderungen nach einer Mindesthöhe in Festgeld kombiniert wurde. Diese Mindestbeträge bewegen sich zwischen 145 Mark monatlich (Niedersachsen) und 175 Mark monatlich (Hessen).

Jetzt ist die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Höhe der Forderungen im wesentlichen abgeschlossen (lediglich für Bayern liegen noch keine Forderungen vor). Es kommt nun darauf an zu verhindern, daß die IGM-Bonzen noch unter diesen niedrigen Forderungen abschließen. Dafür gilt es jetzt die Kräfte anzuspannen und den Bossen und Bonzen kräftig einzuheizen!

Wichtige Aufgabe in der Gewerkschaftsarbeit

Die Auseinandersetzung um das Grundsatzprogramm des DGB

Für die Arbeit der Gewerkschafter bringt das Jahr 1980 eine besondere und wichtige Aufgabe: die Auseinandersetzung um das neue Grundsatzprogramm des DGB, das im Frühjahr 1981 verabschiedet werden soll. Die DGB-Führung hat innerhalb der DGB-Führung zwischen den außerordentlichen DGB-Bundeskongreß einberufen. Er soll vom 12. bis 14. März 1981 in Düsseldorf stattfinden.

Die klassenkämpferischen Gewerkschafter und natürlich gerade auch wir Kommunisten dürfen nicht den Fehler machen, die große Bedeutung dieser Aufgabe zu unterschätzen. Denn schließlich geht es um die grundlegende Orientierung der Politik des DGB, um die Frage, ob die arbeiterfeindliche Politik der Klassenzusammenarbeit und der faulen Kompromisse bestätigt und für die Zukunft festgeschrieben wird oder, ob die Gewerkschaft kompromißlos die Interessen der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus vertreten soll.

Die Politik der DGB-Führer läuft letztlich darauf hinaus, den Profit der Monopolherren zu sichern und das kapitalistische System zu verteidigen. Gerade in den letzten Jahren hat sich immer klarer gezeigt, daß diese Politik unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse ist, daß sie zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung führt und Verrat an der Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten bedeutet.

Deshalb ist es kein Wunder, daß bei den Mitgliedermassen und unteren Funktionären des DGB die Kritik an dieser Politik, an den arbeiterfeindlichen Machenschaften der DGB-Bonzen anwächst und die Opposition dagegen immer heftiger wird. Die Kollegen an der Basis verlangen nach einer anderen Politik. Sie fordern die Orientierung des gewerkschaftlichen Kampfes auf die konsequente Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die Kapitalisten und die Regierung.

Das ist der Hintergrund, auf dem die Auseinandersetzungen um das neue Grundsatzprogramm des DGB gesehen werden müssen. Nach langen Verzögerungen hat man sich im Bundesvorstand des DGB im letzten Herbst auf einen Entwurf geeinigt, der jetzt in der Gewerkschaftspresse veröffentlicht und zur Diskussion freigegeben wurde. Es ist offensichtlich die Absicht der DGB-Führung, diesen Entwurf ohne grundlegende Änderungen auf dem außerordentlichen Bundeskongreß im März 1981 verabschieden zu lassen, auch wenn man nicht darum herumkommt, um des Scheins der Demokratie willen der Basis Gelegenheit zur Diskussion des Programmentwurfs zu gewähren.

Der Entwurf kam erst nach zähen Auseinandersetzungen innerhalb der DGB-Führung zustande. Offenbar hatten die Vertreter der beiden Richtungen innerhalb der DGB-Führung — des rechten, offen reaktionären Flügels auf der einen und der Vertreter eines reformistischen, scheinradikalen Kurses auf der anderen Seite — erhebliche Widersprüche zueinander. Dabei handelte es sich aber keineswegs darum, ob die Politik der Sozialpartnerschaft und des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse grundlegend in Frage zu stellen. Wäre dem so gewesen, so hätte man sich nie auf einen Kompromiß einigen und den Entwurf einstimmig verabschieden können, wie das der Fall ist.

Natürlich haben die Verschärfung des Klassenkampfes und die Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren ihren Niederschlag in dem Entwurf gefunden. So kamen die DGB-Führer beispielsweise nicht umhin, die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung, die in dem noch geltenden, im Jahre 1963 verabschiedeten Grundsatzprogramm nicht enthalten ist, neu aufzunehmen (wobei die DGB-Bonzen sich allerdings hüteten die klare Forderung nach einem **gesetzlichen** Verbot zu übernehmen). In den grundsätzlichen und entscheidenden Positionen aber verteidigt der Entwurf voll die bisherige reaktionäre und reformistische Politik, den antimarxistischen, gegen den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes gerichteten Standpunkt.

Verfälschung der Einheitsgewerkschaft

In einer der Kernfragen ist der Entwurf sogar noch reaktionärer als das jetzt geltende Grundsatzprogramm. Es handelt sich um die Frage, wie der Begriff der Einheitsgewerkschaft dargestellt wird. Anders als im alten Programm wird in dem Entwurf ausdrücklich eine Heraushebung der „freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen" vorgenommen. Indirekt soll damit die revolutionäre, die kommunistische Richtung in der Gewerkschaftsbewegung geächtet werden. Das ist spalterisch und antikommunistisch und unvereinbar mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft.

Der Kampf gegen die reaktionäre und arbeiterverräterische DGB-Führung, für eine revolutionäre Orientierung des gewerkschaftlichen Kampfes, der Kampf für die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft kann nicht vorangetrieben werden, wenn wir nicht aktiv in die Auseinandersetzung um das neue Grundsatzprogramm eingreifen.

Ob wir es schaffen, wesentliche Veränderungen an diesem Entwurf gegen den Widerstand der Bonzen zu erreichen, ist fraglich. Aber wir müssen die sozialpartnerschaftlichen, reaktionären, die spalterischen und antikommunistischen Punkte angreifen und entlarven, sie zurückweisen und für richtige, klassenkämpferische Positionen eintreten.

Dadurch können wir die Isolierung der arbeiterfeindlichen Bonzen und die Vernichtung der reaktionären Einflüsse in der Gewerkschaftsbewegung fördern. Dadurch können wir die Einheit der Kollegen schmieden und den Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition vorantreiben.

Oh Weh, de A!

„Wir schreiben, was andere verschweigen." **Dieser Werbeslogan der Wochenzeitung „Welt der Arbeit" (WdA) gibt nur die halbe Wahrheit wieder. Denn WdA zeichnet sich zugleich dadurch aus, daß sie verschweigt, was alle anderen Zeitungen geschrieben haben. In der ersten Ausgabe der DGB-Zeitung, die im neuen Jahr erschien, sucht man vergeblich nach einer Stellungnahme über die kurz vor der Jahreswende erfolgte Maßregelung der Redakteure des DGB-Jugendmagazins 'ran. Nicht einmal zu einer kurzen Meldung konnte WdA sich durchringen. Oder hat WdA vom DGB-Bundesvorstand Schreibverbot über dieses Thema bekommen? Nach allem, was in letzter Zeit passiert ist, würde auch dies nicht mehr Wunder nehmen. Dabei ist doch der vom Dienst entbundene 'ran-Chefredakteur Dieter Schmidt gleichzeitig und nach wie vor Chefredakteur bei der WdA (zumindest steht er immer noch im Impressum). Man muß schon sagen: ein bemerkenswerter Start in die achtziger Jahre für WdA! O Weh, de A!**

Am 15. Januar ist AEG-Hauptversammlung

Jetzt muß die IGM-Führung handeln!

Die Massenentlassungen müssen gestoppt werden!

FRANKFURT.— Am 15. Januar soll die außerordentliche Hauptversammlung des AEG-Konzerns für die Aktionäre stattfinden. Es geht um das Sanierungskonzept des Konzernvorstands, das allein in diesem Jahr für mindestens 13 000 Beschäftigte des Elektroriesen den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet.

Auf dieser Hauptversammlung sollen die Beschlüsse von Arbeitsplatzkiller Dr. Cipa und Komplizen den Aktionären vorgelegt werden. Für die AEG-Beschäftigten ein günstiger Anlaß, um ihren Protest gegen den ungeheuren Rationalisierungsfeldzug massiv an die Öffentlichkeit zu tragen. Zugleich könnte ein dringend notwendiger Schritt zur Organisierung einer geschlossenen Kampffront im ganzen Konzern gegen die Stillegungen und Massenentlassungen getan werden.

Der Hauptvorstand der IG Metall reagierte im Dezember letzten Jahres auf die Vorwürfe, daß er bislang keinerlei gemeinsame Aktionen der AEG-Belegschaften organisiert hat. Loderer und Benz versprachen öffentlich, die IGM werde gemeinsame Kampfmaßnahmen vorbereiten. Sie sagten, die Bezirksleitungen der IGM würden dabei die Koordination und die Vermittlung von Informationen übernehmen.

Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo die entsprechenden Maßnahmen fällig sind. Keine Sanierung des AEG-Konzerns auf Kosten der Arbeiter und Angestellten! Keine Stillegungen und Massenentlassungen! Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!



Im Herbst vergangenen Jahres fand diese Demonstration der Belegschaft des Gasturbinenwerks AEG-Kanis in Essen statt. In verschiedenen Städten des Bundesgebiets und auch in Westberlin gab es ebenfalls Aktionen, auch Warnstreiks, der Arbeiter und Angestellten des AEG-Konzerns. Jedoch hat die Führung der IG Metall bislang keine Maßnahmen zur Organisierung von dringend notwendigen gemeinsamen und koordinierten Aktionen der Konzern-Beschäftigten ergriffen.

Korrektur einer falschen Einschätzung im letzten RM

Noch einmal zum Streikverbot gegen die RFFU

Im letzten „Roten Morgen" haben wir in einem Kommentar auf Seite 4 zum Streikverbot gegen die RFFU Stellung genommen. Nachträglich ist uns jedoch klargeworden, daß wir hierbei in der Einschätzung dieses unerhörten Angriffs auf das Streikrecht und in der Beurteilung des Streiks selbst nicht ganz richtig vorgegangen sind. Dadurch bedingt, haben wir auch einen Angriff gegen die DGB-Führung geführt, der vom Sachverhalt her in dieser Form nicht begründet ist.

Wir haben in dem Kommentar den geplanten Warnstreik als politischen Streik eingeschätzt. Objektiv haben wir dadurch die juristische Argumentation gestützt, mit der das Verbot des Streiks vom Münchener Arbeitsgericht begründet wurde.

Was wir dabei verkannt haben: Den RFFU-Kollegen ging und geht es tatsächlich zunächst einmal darum, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Das heißt, sie wollten von ihrem, auch nach den bestehenden Gesetzen unbestreitbarem Recht Gebrauch machen, für ihre wirtschaftlichen Interessen zu streiken.

Damit soll nicht bestritten werden, daß der Kampf der RFFU auch politische Aspekte miteinschließt. Das ergibt sich in diesem Fall sowohl aus den objektiven Umständen als auch aus der Tatsache, daß der Angriff auf den Norddeutschen Rundfunk nicht zuletzt auch aus politischen Gründen geführt wird. Aber das ist ein anderes Paar Schuhe. Und daß man daraus der RFFU nun einen Strick gedreht und den geplanten Warnstreik verboten hat, ist ein übles Manöver, das nicht nur dazu dient, die RFFU in die Knie zu zwingen, sondern auch dazu, das Streikrecht überhaupt noch mehr zu beschneiden.

Tatsächlich wäre es mit dieser Auslegung des im Grundgesetz enthaltenen Verbots von politischen Streiks möglich, künftig auch wirtschaftliche Streiks der anderen DGB-Gewerkschaften zu verbieten oder sie zumindest in die Grauzone der Illegalisierung zu rücken.

Was der DGB-Führung in diesem Zusammenhang vorzuwerfen ist: Sie hat gegen diesen ungeheuerlichen Angriff auf das Streikrecht nur schwach und nur mit verbalen Protesten reagiert. Sie hat es nicht für nötig gehalten, die zunehmenden Angriffe auf das Streikrecht mit entsprechend massiven Kampfmaßnahmen zu beantworten. Sie hat den Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft zur Verteidigung und vollen Durchsetzung des Streikrechts sabotiert und sie unterstützt nicht einmal die Forderung nach der Aufhebung des Verbotes für politische Streiks. Darin allerdings zeigt sich, daß die DGB-Führung den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse verrät.



Der IV. Parteitag der KPD/ML faßte den Beschluß, im vergangenen Jahr ein Stalin-Aufgebot durchzuführen. Ziel des Aufgebots ist es, die Grundeinheiten der Partei durch eine vermehrte Aufnahme von klassenbewußten Arbeitern zu verstärken und damit den bolschewistischen Charakter der Partei und ihre Verankerung im Proletariat zu festigen.

Das Aufgebot wurde verbunden mit dem Namen J.W. Stalins, des großen Führers der internationalen Arbeiterklasse, dessen Geburtstag sich am 21. Dezember zum hundertsten Mal jährte.

Obwohl die Erfahrungen bei der Durchführung des Stalin-Aufgebots bislang noch nicht systematisch ausgewertet wurden, läßt sich doch jetzt schon sagen, daß bei der oben angeführten Zielsetzung merkliche Erfolge errungen wurden. Allerdings hat bei vielen Grundeinheiten die praktische Umsetzung der im Rahmen des Aufgebots gestellten Aufgaben erst relativ spät eingesetzt. Eine Erfüllung dieser Aufgaben noch im vergangenen Jahr wäre für sie nicht realistisch gewesen. Deshalb hat das Zentralkomitee das Stalin-Aufgebot bis zum 1. Mai dieses Jahres verlängert.

Der „Rote Morgen" wird in der nächsten Zeit über die konkreten Aufgaben bei der Durchführung des Aufgebots berichten. Wir werden einzelne Gesichtspunkte des Aufgebots erörtern und vor allem Grundeinheiten oder Ortsgruppen vorstellen, die in dieser Hinsicht eine vorbildliche Arbeit geleistet haben. In dieser Ausgabe kommen die Genossen aus Recklinghausen zu Wort.

„Kommt zur KPD/ML, eurer Partei!" Diesen Aufruf findet man immer öfter in Betriebszeitungen und anderen Veröffentlichungen der KPD/ML seit der IV. Parteitag im Dezember 1978 das Stalin-Aufgebot beschlossen hatte.

Das erste Jahr des Stalin-Aufgebots ist vorbei. In den letzten Dezembertagen hatte ich Gelegenheit, mich in Recklinghausen vor Ort zu informieren, wie die Genossen dort die Erfüllung des Stalin-Aufgebots angepackt haben.

Zwischen Weihnachten und Silvester saßen wir bei Kaffee und Kuchen zusammen, zwei neu aufgenommene proletarische Genossen, einer davon ist Bergmann; drei langjährige Parteimitglieder, einer von ihnen ist seit mehreren Jahren Betriebsratsvorsitzender in einem kleinen Metallbetrieb.

Gute Erfolge bei der Erfüllung des Stalin-Aufgebots

Plan übererfüllt

Reportage über die Arbeit der Ortsgruppe Recklinghausen

„Wir hatten uns das Ziel gesetzt, ihm Rahmen des Stalin-Aufgebots die Mitgliederzahl am Ort zu verdoppeln", erklärt Rolf, der auf einer Zeche im Kreis Recklinghausen einfährt.

„Diesen Plan haben wir bei weitem übererfüllt!"

Verbesserung der sozialen Zusammensetzung

Dann zückt er ein kleines Ringbuch und schlägt eine Seite auf, wo viele sauber geschriebene kleine Zahlen zu sehen sind, statistische Angaben über die Mitgliederentwicklung der Ortsgruppe Recklinghausen während des letzten Jahres.

Folgende Ausgangssituation lag zugrunde: Die Ortsgruppe war sehr klein, so daß die Aufnahme einzelner neuer Genossen bereits eine spürbare Verstärkung bedeutete. Allerdings verfügten die Recklinghäuser über ein relativ breites Umfeld, hatten recht viele Kontakte, ein Beweis dafür, daß sie sich stets bemühten, in die Kämpfe der Werktätigen, und seien sie noch so klein, einzugreifen.

Insgesamt ist die Mitgliederzahl um 170 Prozent gestiegen, die Zahl der Arbeiter in der Partei hat sich sogar verdreifacht.

War das Verhältnis von Arbeitergenossen zu kleinbürgerlichen Genossen vor der Erfüllung des Stalin-Aufgebots etwa eins zu eins (etwas verschoben zugunsten des proletarischen Anteils), so ist seit Erfüllung des Stalin-Aufgebots das von unserer Partei angestrebte Verhältnis von acht zu zwei zwar noch nicht erreicht, aber die Recklinghäuser sind dem schon ein Stück näher gekommen, nämlich vier zu zwei.

Genug der Zahlen, sehen wir, was sich dahinter verbirgt. Natürlich wollte ich wissen, wie die Recklinghäuser an die Erfüllung des Stalin-Aufgebots herangegangen sind, welche Erfahrungen sie dabei gemacht haben, denn in den Schoß gefallen sind ihnen ihre ausgezeichneten Ergebnisse bestimmt nicht.

Am Anfang stand der Schlag gegen das Sektierertum

„Welche Konsequenzen habt ihr aus der Aufstellung des Stalin-Aufgebots durch den IV. Parteitag gezogen?" lautete meine Frage.

Doch Rolf winkt ab.

„Wenn man zum Anfang zurückblicken will, dann muß man schon die Rede von Ernst vor dem Juli-Plenum nehmen (‚Propaganda'- oder Kampfpartei? — Kampf dem ultralinken Sektierertum, Referat des Genossen Ernst Aust auf dem 5. Plenum des ZK im Juli 1978), *wo er gegen das Linkssektierertum zu Felde gezogen ist. Zuerst mußten wir mal die falschen Vorstellungen ablegen, daß man von neuen Genossen, vor allem Arbeitern, gleich perfekte Sachen erwarten müsse."*

Konsequentes Resultat dieser Überlegung war, daß die Recklinghäuser Genossen beschlossen, unter ihrer engsten Anhängerschaft, vor allem im Jugendverband der Partei, für die Mitgliedschaft in der KPD/ML zu werben. Desweiteren nahmen sie die RGO und andere revolutionäre und antifaschistische Organisationen, die von der Partei unterstützt werden, unter die Lupe, ob dort neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen wären. Auch der Bekannten- und Verwandtenkreis wurde durchforstet, ob es nicht auch da Menschen gibt, die schon seit längerem mit dem Kampf der Partei für den Sozialismus sympathisieren.

Einige Genossen gingen noch einen Schritt weiter. Sie waren der Auffassung, daß ein solches Vorgehen für die ganze Partei von Nutzen sein könnte und schlugen dem Zentralkomitee vor, anläßlich des 10. Jahrestages der Parteigründung ein Aufgebot zu bestellen. Das Zentralkomitee begrüßte den Vorschlag und antwortete, daß es sich für das Jahr 1979, das Stalin-Jahr, mit ähnlichen Gedanken trage.

Das Problem der „alten" Rotgardisten

Dabei stießen sie auf ein Problem, das sicher viele Parteizellen bewegt hat und noch bewegt:

„Genossen der Roten Garde, die aus der Politik des Jugendverbandes herausgewachsen sind, sei es altersmäßig, sei es durch die Lebensumstände (so gehört zum Beispiel eine 20jährige Mutter in der Regel kaum noch in den Jugendverband), *dürfen wir nicht einfach als Sympathisanten der Partei dahinvegetieren lassen, wir müssen sie schleunigst in die Partei aufnehmen, wenn sie Programm und Statut anerkennen."*

Und die Genossen nahmen schleunigst eine Hausfrau, die früher in der Roten Garde gewesen war, in die Partei auf.

Weil der Genosse Ernst Aust in seiner Rede vor dem Juli-Plenum des Zentralkomitees darauf hingewiesen hatte, daß es verschiedentlich zu einer Mißachtung der innerparteilichen Demokratie gekommen war, überprüften die Recklinghäuser den Fall von zwei Genossen, die vor einiger Zeit ihre Kandidatenzeit abgebrochen hatten und kamen zu dem Schluß, daß damals verschiedene Widersprüche unzulässig zugespitzt worden waren. Auch diese Genossen sind heute Mitglieder der KPD/ML.

Ein Vertrauensmann wird Kommunist

Der Betriebsratsvorsitzende, Genosse Rudi, meldet sich zu Wort:

„Eine große Rolle in diesem Zusammenhang spielte die Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage. Wir können nicht viel erreichen, wenn wir in diesem Bereich nicht arbeiten."

Die Genossen verstärkten ihre Anstrengungen in der Gewerkschaftsarbeit. Mittlerweile hatte das Zentralkomitee dazu aufgerufen, den Kampf zur Eroberung der DGB-Gewerkschaften zu verstärken. Den Recklinghäuser Genossen gelang es, einen aktiven Vertrauensmann für die Partei zu gewinnen.

„Und dann war die Sache mit dem Nachschlag. Die Vertrauensleutekonferenz der Zeche Ewald in Herten hatte eine entsprechende Forderung beschlossen. Wir haben dann sofort nachgehakt und per Flugblatt die Forderung unterstützt. Und als dann nichts kam..."

Der neuaufgenommene Kumpel, der in unserem Kreis sitzt — wir wollen ihn Norbert nennen —, fällt Rudi ins Wort:

„Auf der damals fälligen Belegschaftsversammlung ging einer nach vorn und fragte den Betriebsratsboß Hückelkamp, wie das denn mit dem Nachschlag so gelaufen sei. Der bestritt dann einfach, daß die Vertrauensleute überhaupt über Nachschlag geredet hätten. Wir haben auf der Stelle mit einem Flugblatt reagiert. Darauf war ein Zeitungsausschnitt aus der ‚Hertener Allgemeinen' abgedruckt mit der Überschrift ‚Vertrauensleute fordern Nachschlag'."

Auf der Zeche Ewald entsteht eine Betriebszelle

Auch bei der 1.-Mai-Demonstration in Herten — 90 Prozent der etwa 1500 Demonstrationsteilnehmer waren Bergleute — zeigte sich, daß die Genossen der KPD/ML den gewerkschaftlichen Kampf nicht



Die Ortsgruppe Recklinghausen verfügt über zwei Bergwerkszellen. Schon älter ist die Zelle bei General Blumenthal, wo die Zeitung *Rote Faust* erscheint. Ergebnis des Stalin-Aufgebots ist eine neue Zelle bei Ewald in Herten, die den *Roten Ewald Kumpel* herausbringt.

vernachlässigen. Rudi erzählt, daß die Verantwortlichen der IG Bergbau lediglich zwei Transparente besorgt hätten. Auf einem stand „Berwerk Ewald", auf dem anderen „Arbeiter für Europa". Betriebsratschef Hückelkamp wurde ganz nervös, als auf einmal mitten in der Demonstration ein Transparent aufgezogen wurde, auf dem die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu lesen war.

Übrigens schafften es die Recklinghäuser Genossen durch die Aufnahme von Norbert, für die Zeche Ewald eine Betriebszelle zu gründen, die mittlerweile regelmäßig den „Roten Ewald Kumpel" herausbringt.

Im Verlauf unseres Treffens kamen wir auch auf die Organisierung der politischen Arbeit zu sprechen.

In der Partei wie zu Hause fühlen

„Von der ersten Zellensitzung an müssen die neuen Genossen das Gefühl haben, daß die KPD/ML ihre Organisation ist und nicht irgendein Verein von versponnenen Weltverbesserern, wo nichts bei rumkommt,", fordert Rolf.

In dieser Beziehung hatten die Recklinghäuser dann auch verschiedene Mängel in ihrer Arbeit aufgedeckt.

Noch Ende 1978 war *„die Parteiorganisation am Ort ziemlich ungünstig"*, wie Rolf mir erzählt.

„Hätten wir das nicht geändert, wären Norbert und viele andere neue Genossen in so einen Misch-Masch reingeraten. Man kümmerte sich um einen Mittelbetrieb in Recklinghausen-Süd, um andere politische Fragen, um die Probleme der Bevölkerung in Herten und was weiß ich noch alles.

Das haben wir dann aufgrund der Rede von Ernst vor dem 5. ZK-Plenum im Juli 1978 und verschiedener anderer Ausrichtungen, die vom ZK kamen, geändert. Wir haben gesagt: Gut, dann wird eben ein Genosse abgestellt, der kümmert sich um die antifaschistische Arbeit in Marl, die Genossen für die einzelnen Betriebe und Branchen wurden umorganisiert, alles nach dem Prinzip, eine Zelle, ein Schwerpunkt."

Und Rudi ergänzt: *„Das hat auf der letzten Mitgliederversammlung des Ortes im Mai 1979 seinen vorläufigen Abschluß gefunden, wo die meisten der neuen Genossen schon dabei waren und wo die Umorganisierung der Arbeit einmütig begrüßt und die nötigen Schritt beschlossen wurden. Die damals gewählte Ortsleitung besteht zu hundert Prozent aus Arbeitern."*

Parteidisziplin einhalten

Zur Frage der Organisierung der politischen Arbeit gehört auch die Frage der Parteibeschlüsse.

Rudi dazu: *„Wir haben darauf geachtet, daß in unserer Arbeit auch klare Beschlüsse gefaßt werden. Und daß wir dann auch um ihre Durchführung kämpfen. Und sollten sie nicht eingehalten werden, muß man ganz klar fragen, war der Beschluß jetzt unrealistisch oder haben wir Mist gebaut? Die zwei Möglichkeiten gibt's ja nur."*

Als Beispiel führen die Genossen den Aktionstag der Kampagne für das Verbot der Aussperrung an, die ja bekanntlich von unserer Partei unterstützt wird. Das Politbüro der KPD/ML hatte alle Genossen der Partei aufgerufen, sich an diesem Aktionstag nach Kräften zu beteiligen.

In Recklinghausen wurde das insbesondere mit den neuen Genossen gründlich diskutiert, die politische Notwendigkeit der Aktion erörtert. So war die Partei in Recklinghausen in der Lage, breit für den Aktionstag zu mobilisieren.

Ich fragte, wie sich die Maßnahmen zur Verbesserung der Organisierung der politischen Arbeit auf Stil und Ablauf der Zellensitzungen ausgewirkt haben.

Zellensitzungen straffen

Nachdem Norbert angemerkt hatte, daß die ersten Zellensitzungen, die er miterlebte, zum Teil ziemlich langatmig waren, viele Diskussionen ohne greifbares Ergebnis geführt wurden etc., antwortete Rudi:

„Man kann sagen, daß sich in puncto Zellensitzungen drei Sachen geändert haben. Erst mal, die sind viel kürzer als früher. Die sind nicht mehr im Sieben-Tag-Rythmus. Durch die Zusammensetzung — bei mir in der Zelle sind zwei Kumpels drin — ist die Tagesordnung eigentlich immer klar. Zeche und IG Bergbau steht eigentlich immer drauf.

Dann diskutieren wir natürlich auch andere Sachen, vor allem die Ausrichtungen des Zentralkomitees und das Material der anderen Leitungen, Reden von Ernst, Artikel aus dem Roten Morgen. Aber das läuft nicht abstrakt, so daß wir vom Hundertsten ins Tausendste kommen, sondern immer mit der Frage verbunden, was heißt das jetzt für uns, welche Schlüsse müssen wir daraus für unsere praktische Arbeit ziehen."

Ein Antifaschist wird Kommunist

Durch die Umorganisierung der Arbeit hat auch die Parteiarbeit an der Front gegen die wachsende politische Unterdrückung einen Aufschwung erfahren.

Der antifaschistische Arbeitskreis Marl wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Genossen Uli ins Leben gerufen. Aktionen gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen, gegen NPD-Stände und die Jugendpolizei standen auf der Tagesordnung.

Am 11. August fand in der Recklinghäuser Innenstadt eine machtvolle antifaschistische Protestkundgebung statt, die einen geplanten Aufmarsch von Nazis nur deshalb nicht vereiteln konnte, weil die DKP die Aktion spaltete. Damals stand die Partei an vorderster Front.

Auch an der Front des antifaschistischen Kampfes gelang es den Recklinghäuser Genossen, einen Genossen für die Partei zu gewinnen.

Aus dem Gespräch über die Vergrößerung der Ortsgruppe war ein Gespräch über den Kampf der Partei an den beiden wichtigsten Fronten des Klassenkampfes geworden, ein Gespräch über den Arbeitsstil der Partei und die Organisierung der politischen Arbeit.

Und genau das spiegelt die Erfahrungen der Recklinghäuser Genossen wider, die vor allem darin bestehen, nicht nur die sektiererischen Hemmnisse für die Aufnahme vor allem proletarischer Genossen kompromißlos zu beseitigen, sondern auch den Arbeitsstil der Partei zu revolutionieren, die Arbeit der Partei konsequent auf die beiden Hauptfronten des Klassenkampfes auszurichten, kurz: Die Partei zu bolschewisieren.

Schließlich holt Rolf den Cognac aus dem Schrank und schenkt uns allen ein. Wir trinken auf das zu ende gehende Stalin-Jahr, vor allem aber auf das von den Recklinghäuser Genossen so erfolgreich erfüllte Stalin-Aufgebot, worauf die gesamte Ortsgruppe zu Recht stolz sein kann.

Ein gutes Beispiel für die ganze Partei

Wir glauben, daß der hier veröffentlichte Bericht über die gute und solide Leistung der Genossen aus der Stadt im Herzen des Ruhrgebiets in den zahlreichen Betriebs- und Wohngebietszellen der Partei Stoff für fruchtbringende Diskussionen bieten wird.

Der Genosse Rolf erklärte noch folgendes, bevor ich mich auf den Heimweg machte:

„Das Stalin-Aufgebot ist natürlich nicht ohne Kampf gegen falsche Einflüsse oder schlechte und schädliche Tendenzen erfüllt worden. Im wesentlichen war das ein Kampf gegen kleinbürgerliche Einflüsse. Es hat heiße Diskussionen gekostet, bis klar war, daß man sich auf einen Schwerpunkt konzentrieren muß, bis klar war, daß man nicht auf tausend Hochzeiten gleichzeitig tanzen kann, bis klar war, daß man die Arbeit der Partei mit großer Sorgfalt organisieren muß. Daß dies alles im wesentlichen durchgesetzt wurde, ist nicht ohne Kampf abgegangen. Dieser Kampf muß stets weitergeführt werden, um die Erfolge zu festigen, um weitere zu erringen."

Wer kann Parteimitglied werden?

— Auszug aus dem Statut der KPD/ML —

Mitglied der KPD/ML zu sein, ist eine hohe Ehre und eine große Verpflichtung. Mitglied der KPD/ML kann sein, wer das Programm und das Statut der Partei anerkennt, sich den Beschlüssen der Partei bewußt unterordnet, aktiv in einer der Grundorganisationen arbeitet und regelmäßig Beiträge zahlt.



Die soziale Zusammensetzung verbessern!

Nach wie vor entspricht die soziale Zusammensetzung nicht den Erfordernissen einer proletarischen Kampfpartei. Obwohl auch in dieser Frage Fortschritte gemacht wurden, ist das von uns als vorläufiges Ziel angegebene Verhältnis von proletarischen und kleinbürgerlichen Parteimitgliedern (8:2, Red.) noch nicht erreicht worden. Darum kommt es vor allem darauf an, nach wie vor klassenbewußten Arbeitern den Eintritt in die Partei in jeder Hinsicht zu erleichtern (1).

Alle noch vorhandenen sektiererischen Hemmnisse beseitigen!

Der IV. Parteitag ruft alle Zellen und Genossen der Partei auf: Unternehmt im Rahmen des Aufgebots alle Anstrengungen, um verstärkt neue Mitglieder aus der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen. Organisiert sie in der Partei. Beseitigt alle noch vorhandenen sektiererischen Hemmnisse, die fortgeschrittene, revolutionäre Arbeiter hindern können, mit uns gemeinsam zu kämpfen, und erleichtert ihnen den Weg in die kommunistische Partei!

Ziel der Erfüllung des für das Jahr 1979 beschlossenen Aufgebots ist die Verstärkung der Grundeinheiten der Partei durch klassenbewußte, zielklare, aktive, kämpferische Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben, der Gewerkschaftsarbeit, den proletarischen Massenorganisationen und der Jugend. Die Organisierung eines neuen Zustroms proletarischer Kräfte ist für die Entwicklung des bolschewistischen Charakters, der ideologischen und politischen Festigkeit und Schlagkraft der Partei in den kommenden Klassenauseinandersetzungen von grundlegender Bedeutung (2).

(1) (zitiert aus der Resolution „Über die nächsten Aufgaben der Partei",
(2) (zitiert aus der Resolution „1979 — Jahr des Stalin-Aufgebots", verabschiedet vom IV. Parteitag der KPD/ML)



Die Recklinghäuser Genossen bemühen sich, den antifaschistischen Kampf über weltanschauliche Grenzen hinweg zu organisieren. Der „Antifaschistische Arbeitskreis Marl" entstand mit ihrer Unterstützung.

Genossen der KPD/ML standen an vorderster Front, als es am 11. August 1979 in der Recklinghauser Innenstadt darum ging, den Kampf zur Verhinderung eines provokatorischen Nazi-Aufmarsches zu organisieren. Der *Rote Morgen* berichtete in seiner Ausgabe vom 17. August 1979 über die Aktion.



Das Interview

Norbert wird Parteimitglied

Ich fragte Norbert, auf welche Art und Weise er zur Partei gestoßen ist. Hier ist seine „Geschichte".

„Ja, das fing damit an, daß ich zur Bundeswehr kam. In der Grundausbildung hab ich dann einen Genossen aus Dortmund kennengelernt. Mit dem hab' ich mich dann des öfteren unterhalten. Der hat mir seine Auffassungen erklärt, hat gesagt, was er von diesem Staat hält und hat mich dann auch überzeugen können.

In der Bundeswehr haben wir dann verschiedene Sachen unternommen. Der Genosse wurde aufgrund seiner Haltung zum Vertrauensmann gewählt. Wir haben zusammen verschiedene Flugblätter verteilt. Nach der Grundausbildung wurden wir getrennt. Ich kam nach Itzehoe. Da wurde ich dann Vertrauensmann. Auch hier liefen verschiedene Flugblattaktionen.

Nach der Bundeswehr schlief der Kontakt zu dem Dortmunder Genossen so langsam ein. Ich bin dann wieder auf der Zeche angefangen und eines schönen Morgens stand dann der Uli vor dem Zechentor und verkaufte den „Roten Morgen". Ich hab' ihn dann mal drauf angesprochen, wie das denn wäre mit der Partei und so; hab' meine Adresse dagelassen. Nach ein paar Tagen haben mich dann zwei Genossen besucht. So fing das damals an.

Ich hab' dann die KPD/ML unterstützt, Mitglied werden wollt' ich zunächst nicht, ich dachte, mitarbeiten kann ich draußen so gut wie drinnen.

Als ich dann Kandidat wurde — die Genossen hatten mich mehrfach angesprochen — merkte ich, daß es doch von Vorteil ist, wenn man sich fest bei den Kommunisten organisiert. Man kann doch die Aktionen in der Zelle viel besser gemeinsam vorbereiten, durch die Zellenarbeit kommt doch mehr rum, als wenn man so alleine vor sich hinwurstelt. Nach dreimonatiger Kandidatenzeit bin ich dann Mitglied der KPD/ML geworden."

Auf die Frage, wie er überhaupt zum Kommunismus gekommen ist, erzählte Norbert:

„Das waren im Grunde immer so kleine Sachen, die einem aufgestoßen sind. Gut im Gedächtnis geblieben ist mir folgendes: Ich wollte umziehen und fragte den Betriebsrat, wie das mit dem Urlaub wär. Der log dann einfach, mir stünde kein Umzugsurlaub zu. Solche und ähnliche Sachen, das läppert sich.

Das Ausschlaggebende war die Bundeswehr. Da hab' ich echt kennengelernt, wie Leute unterdrückt werden, wie die Soldaten der Schikane und Willkür von irgendeinem so dahergelaufenen Oberfeldwebel ausgeliefert sind. So was prägt ganz schön. Irgendwann sagte ich mir, daß hier was faul sein muß, daß man was dagegen machen müsse. Man kann das so als Turm bezeichnen. Das häuft sich immer wieder an, bis die ganze Sache dann mal zusammenbricht."


Der Sandstrand von Durres, einer der schönsten und größten an der ganzen Adriaküste.


Die Albanischen Alpen.


Alte Marktstraße Kruja

Urlaub 1980

Diesmal nach Albanien!

Urlaub in Albanien? Geht das denn?
Und ob!
Sie können hier einen geruhsamen Bade- und Strandurlaub verbringen. Sie können aber auch reisen, Städte und Kulturstätten besuchen, Fabriken oder andere Einrichtungen besichtigen. Sie können sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen des heute einzigen wahrhaft sozialistischen Landes vertraut machen.
Albanien hat enorm viel zu bieten. Das kleine Land liegt an der Adria und wird umgrenzt von Jugoslawien und Griechenland. Die Landschaft birgt viele Reize. Sie ist außerordentlich kontrastreich.
Da gibt es nicht nur die herrliche Mittelmeerküste sondern auch ein Hochgebirge, das an unsere Alpen erinnert.
Einer der größten Sandstrände der Adria erwartet Sie mit einem Wasser, das tatsächlich noch sauber ist, mit Sonne, Meeresluft und Ruhe. Moderne Hotelanlagen direkt am Meer. Ideal auch für die ganze Familie. Übrigens: die Kinderfreundlichkeit dieses Landes wird Sie erstaunen.
Bunte, lebensfrohe Folklore bildet einen Schwerpunkt im Kulturleben Albaniens. Sorgsam gepflegte Kulturdenkmäler finden sich im ganzen Land. Sie reichen von der Antike bis in die Zeit des antifaschistischen Befreiungskampfes.
Und noch eins. Sie werden die albanischen Menschen nicht mehr so schnell vergessen.
Wegen ihrer auffälligen Aufgeschlossenheit und Freundlichkeit. Und ohne Übertreibung: Die Gastfreundschaft des Albaners sucht ihresgleichen.



Im Zentrum von Tirana, der Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Was, wann, wo?

Sommerreisen

3 Wochen 27. Juni - 18. Juli
3 Wochen 18. Juli - 8. August
2 Wochen 22. August - 5. September
2 Wochen 8. - 22. August
3 Wochen 5. - 26. September*

Alle Preise sind Pauschalpreise: Vollpension, Unterbringung in 2-Bett-Zimmern, Hotel-Kategorie B. Kinderermäßigungen, Sonderleistungen auf Anfrage.

Preise und Programmé

	Strandurlaub — ohne Reiseprogramm. Aufenthalt in Durres-Strand:	Programm zum Kennenlernen des Landes:	Programm für Kenner, die mehr wollen als einen Überblick:	Städte-Tour mit kulturhistorischem Programm (organisiert von Skanderberg-Reisen):
2 Wochen	855,— DM	930,— DM	1060,— DM	1000,— DM
3 Wochen	995,— DM	1080,— DM	1190,— DM	1170,— DM

Rundreisen

2 Wochen 13. - 27. Juni
2 Wochen 5. - 18. September

Reisen mit besonderem Programm: Aufenthalt in Durres-Strand und Rundreise durch Albanien. Preis ca. 1020,— DM ****

Sonderreisen

2 Wochen 31. März - 14. April**
2. Wochen 3. - 17. März**

Reisen mit Schwerpunkt „Erziehungswesen" für Lehrer, Erzieher usw. Preis ca. 980,— DM **

2 Wochen 27. März - 10. April***

* Rückfahrt: Bustransfer Dubrovnik, Flug Düsseldorf
** Reisen mit Schwerpunkten Gesundheitswesen, Bibliothekswesen, Rechtswesen können bei genügend Anmeldungen zusammengestellt werden. Termine nach Vereinbarung.
*** Osterreise (Programm von Skanderberg-Reisen, bitte gesonderte Information anfordern.)
**** Anreise 13.6., Rückfahrt 19.9., Bustransfer Dubrovnik, Flug Düsseldorf

Fordern Sie Prospekte, Informationen und Anmeldeunterlagen an bei:

Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V. — Sekretariat, Postfach 111605, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 8502736.

Aus Anlaß des bevorstehenden Kongresses gegen Reaktion und Faschismus in Dortmund, der von zahlreichen Gewerkschaftern und demokratischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einberufen wurde, wollen wir einen kurzen Überblick über die anwachsenden Kämpfe gegen die politische Unterdrückung in unserem Land geben.

Die Zahl der verschiedenen antifaschistischen Initiativen ist kaum noch zu übersehen, an den verschiedensten Fronten entzündet sich der Widerstand der Massen. Immer mehr Menschen beteiligen sich innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften am Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung, immer lauter wird der Ruf nach der Abschaffung der Berufsverbote.

Es ist das Gebot der Stunde, die verschiedenen antifaschistischen Arbeitskreise, die Initiativen gegen Reaktion und Faschismus, die Komitees gegen Aussperrung oder Berufsverbote, kurz, alle Menschen, die es ernst meinen mit der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", die verhindern wollen, daß es zu einer erneuten faschistischen Diktatur kommt, in einer machtvollen einheitlichen Front gegen die wachsende politische Unterdrückung zusammenzuschließen, ungeachtet unterschiedlicher Weltanschauungen. Wir sind zuversichtlich, daß der Dortmunder Kongreß seinen Teil dazu beitragen wird.



Als Strauß sich im Rahmen des Kommunalwahlkampfes der CDU in Essen auf dem Burgplatz zu Wort melden wollte, schlug ihm der Protest von 10 000 Antifaschisten entgegen.

Auf zum Kongreß gegen Reaktion und Faschismus

Kämpfen wir für den Zusammenschluß aller Antifaschisten!

Das deutsche Volk wird die Nazi-Verbrechen niemals vergessen

Das 13 Jahre währende Terror-Regime der Hitler-Faschisten hat unsägliches Leid über die Völker der Welt gebracht, hat im Namen Deutschlands das deutsche Volk auf die Schlachtbank des Krieges geführt, hat Millionen Menschen in den KZs barbarisch umgebracht. Wenn sich auch viele Deutsche in die Irre führen ließen, so erhob sich nach Kriegsende nahezu das gesamte deutsche Volk unter der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", um den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen.

Doch die Herrschenden in unserem Land hatten von Anfang an mit dieser Losung wenig im Sinn. Mit Unterstützung des USA-Imperialismus restaurierten die Hintermänner Hitlers ihre Macht und ihren Einfluß im Westen Deutschlands.

Ehemalige KZ-Häftlinge aus Frankreich werden von deutschen Polizisten zusammengeschlagen, so geschehen bei der Eröffnung des Lischka-Prozesses; während der Verjährungsdebatte im Bonner Bundestag werden in KZ-Uniform erschienene Widerstandskämpfer gewaltsam aus dem Saal gedrängt. Das westdeutsche Parlament sah sich außerstande, die Verjährung für Nazi-Verbrechen aufzuheben und hob stattdessen die Verjährung für Mord überhaupt auf, während einflußreiche reaktionäre und ultrarechte Kreise offen nach der Verjährung von Nazi-Verbrechen verlangten.

Immer mehr Menschen kommen angesichts dieser Entwicklung tiefe Zweifel über das Freiheitsverständnis der verantwortlichen Politiker. **Am 9. November 1978 kam es anläßlich des 40. Jahrestages der Reichskristallnacht in zahlreichen westdeutschen Großstädten zu eindrucksvollen Fackelzügen und Schweigemärschen. Allein in Hamburg beteiligten sich 10 000 Menschen an der Demonstration und bekundeten ihre Abscheu vor der Barbarei des Hitler-Faschismus.**



Am 9. November 1978 brachten allein in Hamburg über 10 000 Menschen ihren Abscheu vor den Greueln der Hitler-Faschisten zum Ausdruck.

Alle neofaschistischen Organisationen müssen verboten werden!

Die tolerante Haltung von Regierung und Justiz gegenüber den Greueln der Nazis findet ihre Entsprechung und Ergänzung in der wohlwollenden Haltung gegenüber den Neonazis.

Gerade an dieser Front aber hat sich der Kampf erheblich verbreitert. Immer mehr Menschen reihen sich bei antifaschistischen Demonstrationen und Kundgebungen ein.

Der Höhepunkt war zweifellos der 17. Juni 1979, als trotz Demonstrationsverbot 40 000 Menschen gegen das Deutschlandtreffen der NPD protestierten.

Zahlreiche NPD-Auftritte konnten völlig verhindert werden. 4 000 Antifaschisten vereitelten am 20. Januar 1979 in Stuttgart einen Fackelzug der NPD.

Am 3. März 1979 sorgten 1 500 Demonstranten in Lüneburg dafür, daß die Faschisten keine Anti-Holocaust-Flugblätter verteilen konnten.

Provokatorische Veranstaltungen der NPD wie ihr Jugendkongreß in Weinheim am 22./23. September 1979, ihr Landesparteitag in Tuttlingen im Mai letzten Jahres oder der vor wenigen Wochen durchgeführte Bundesparteitag waren nur deshalb möglich, weil starke Polizeikräfte die Faschisten vor dem Ansturm der Antifaschisten und Demokraten schützten. In Tuttlingen und Ketsch waren es 5 000, in Weinheim mehrere hundert Antifaschisten.

Einen großen Aufschwung hat der Kampf gegen das immer dreistere Auftreten der Grauen Wölfe, einer Terror-Organisation der Faschisten aus der Türkei erlebt, an dem sich vor allem türkische Kollegen breit beteiligten.

Am 20. Oktober 1979 forderten über 1 000 Antifaschisten in Bielefeld das Verbot der Grauen Wölfe.

Im Juni und Dezember fanden in Köln Protestmärsche gegen die Grauen Wölfe statt, an denen sich mehrere tausend Menschen beteiligten.

Polizeischützen treffen immer häufiger

Noch während aller Orten die Frage des sogenannten Todesschußgesetzes und der schweren Bewaffnung der Polizei heftig umstritten ist, sind im letzten Jahr erschreckend viele Menschen Schüssen aus Polizeipistolen zum Opfer gefallen.

Der empörendste Fall war zweifellos die kaltblütige Hinrichtung der mutmaßlichen Terroristin Elisabeth van Dyck, der in ihrer Wohnung aufgelauert wurde und die mit Schüssen in den Rücken niedergestreckt wurde.

Auch im Kampf gegen den Polizeiterror bleiben die Menschen nicht nur bei Protest und Empörung stehen, sie organisieren sich zunehmend. So hat sich in Bochum, einer Stadt, die sich mit zehn von der Polizei erschossenen Menschen seit 1975 einen traurigen Namen gemacht hat, eine „Initiative gegen Polizeiübergriffe" gebildet, die am 22. November 1979 eine erfolgreiche Veranstaltung mit zahlreichen Betroffenen bzw. deren Hinterbliebenen abgehalten hat.

Stoppt Strauß! Verhindert ein neues '33!

Daß die Herren der Banken und Konzerne unverhohlen auf eine drastische Verschärfung der politischen Unterdrückung bis hin zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur setzen, zeigte anschaulich die Inthronisierung des Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union.

Obwohl man heute noch nicht davon reden kann, daß alle Gewerkschafter und Antifaschisten über weltanschauliche Gegensätze hinweg in einer einheitlichen Front gegen die Herausforderung der Reaktion stehen, ist geradezu ein Proteststurm über den nach der Macht greifenden Bayern hinweggegangen. Im Ruhrgebiet, in Köln, in Bremen oder Kiel, überall schlug ihm der Widerstand der Antifaschisten entgegen.

Der Protest war so machtvoll, daß auch solche Leute ihre Portion abbekamen, die den CSU-Chef als honorigen Mann hinstellen wollten. Heinz-Oskar Vetter bekam das am 1. September in der Dortmunder Westfalenhalle zu spüren.

Nach wie vor geht die größte Gefahr für Freiheit und Demokratie, für die heute noch vorhandenen demokratischen Rechte nicht so sehr von den diversen faschistischen Gruppen und Grüppchen aus, sondern von den Kräften, die durch Franz Josef Strauß repräsentiert werden, von den Herren in den Chefetagen der Konzerne und Banken, die seinerzeit auch Adolf Hitler ins Zentrum der Macht holten, die heute schon die Politik in unserem Land kontrollieren.

Im Kampf gegen Strauß, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg wird sich über kurz oder lang entscheiden, ob unser Land weiterhin den Weg der Faschisierung geht, den Weg zu einem neuen '33, oder ob es den antifaschistischen Kräften gelingt, gemeinsam, Schulter an Schulter, Kommunisten, Gewerkschafter, Antifaschisten oder Christen das Ruder herumzureißen, eine machtvolle Bewegung für Freiheit, Wohlstand und Frieden zu entfesseln.



Mehr als 5 000 Menschen demonstrierten am 8. Dezember 1979 in Ketsch bei Schwetzingen gegen den Bundesparteitag der NPD.

Der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus findet statt am Sonnabend, den 26. Januar 1980 in der Westfalenhalle IV in Dortmund, Einlaß ab 10 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Eintritt 5,— DM.

Mit Rede- und künstlerischen Beiträgen wirken voraussichtlich mit: **Max von der Grün** • **„Schmetterlinge"**, Musikgruppe, Wien • **Werner Worschech**, Liedermacher, Bottrop • **„Kabarett K"** • **Jürgen Roth** • **Norbert Cobabus**, Deutsche Bibliothek Frankfurt • **Wolfgang Bittner** • **Hartmut Siemon**, Betriebsrat • **Dr. Wolfgang Schulz**, Schauspieler, Würzburg • **„Elbspeelers"** • **Hermann Treusch**, früherer Leiter des Theaters am Turm, Frankfurt • **„Eisler-Chor"**, Essen • **und andere.**

Am Sonntag, den 27. Januar 1980 ist ein Arbeitstreffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus geplant.

Anmeldungen und Bestellungen von Eintrittskarten, Plakaten und Aufrufen bei: Ulrich Leicht, Schäffleweg 4, 4600 Dortmund 14, Tel.: (0231) 23 08 49. Eintrittskarten sind nach Bezahlung per Scheck oder Überweisung auf das Konto Ulrich Leicht, Stadtsparkasse Dortmund-Scharnhorst-Ost (63), BLZ 440 501 99, Konto Nr. 632 093 217, Stichwort „Kongreß" und an den Vorverkaufsstellen der Westfalenhalle erhältlich. Wir bitten zur Unterstützung der Durchführung des Kongresses um Spenden auf dasselbe Konto, Stichwort: „Spende — Kongreß".



Afghanische Kämpfer gegen die Kolonialarmee der Sozialimperialisten mit von den Besatzern erbeuteten Waffen. Die bisherigen Verluste der sowjetischen Armee an Menschen und Material waren außerordentlich hoch.

Fast 50000 sowjetische Soldaten im Land

Afghanistan kämpft gegen die sowjetischen Besatzer

Weltweite Proteste der Völker

KABUL.— Eine Woche nach dem Überfall sowjetischer Truppen auf Afghanisten wird in verschiedenen Gebieten des Landes gekämpft. Am Neujahrstag gab es im Osten Afghanistans mehrere große Schlachten gegen die sowjetische Kolonialarmee, die nach verschiedenen Berichten über 3000 Besatzern das Leben kostete. In Tachar erlitten die afghanischen Truppenteile und Rebellen, die gegen die Besatzer kämpften, eine Niederlage, während die Region Badachschan verteidigt werden konnte. Während der Sowjetarmee mit beispiellosem Terror gegen die Bevölkerung vorgeht, mühen sich die sowjetischen Sozialimperialisten und verschiedene pseudokommunistische Parteien, diese Vorgänge als normal und gerechtfertigt hinzustellen. Die USA-Imperialisten ihrerseits entfalten eine hektische Aktivität und vervielfachen ihre militärische Präsenz in Asien.

Die nächtliche Ausgangssperre in Kabul wird nicht mehr von der afghanischen Armee kontrolliert, sondern von der sowjetischen Armee selbst. Die zahlreichen Fälle von Fahnenflucht, Befehlsverweigerungen und Übergänge zu den Aufständischen aus den Reihen der afghanischen Armee in den letzten Wochen und Monaten waren einer der entscheidenden Gründe für den direkten sowjetischen Überfall auf das Land gewesen. Babrak Karmal, in Moskau bestellter neuer Regierungschef von Afghanistan, Führer der Parcham-Partei, Minister bei der faschistischen Regierung Daud, Minister bei der Regierung Taraki, versucht jetzt mit allen Mitteln, die Wogen des Widerstands zu brechen. Versprechungen über Versprechungen werden gemacht, politische Gefangene werden angeblich freigelassen. Wie Amin bei der Liquidierung Tarakis, so schlägt jetzt auch Karmal die Taktik ein, alles auf seinen Vorgänger zu schieben. Hatte Amin bei seinem Putsch vor drei Monaten die Namen von 12000 in den Gefängnissen ermordeter politischer Gegner öffentlich genannt, so veröffentlichte jetzt seinerseits Karmal eine noch längere Liste Gefangener, ohne allerdings zu erwähnen, was mit ihnen geschah.

Die bisweilen fast hilflos anmutenden Versuche der Moskauer Imperialisten und ihrer Parteigänger, alle diese Ereignisse als völlig normal darzustellen, scheitern an der Logik der Tatsachen. Jeder der in den letzten Jahren gestürzten Diktatoren, sei es Daud 1978, Taraki und Amin 1979, wurde zunächst als großer Revolutionär gefeiert und im Nachhinein als Faschist und Reaktionär bezeichnet. Mit dem scheinheiligen Angriff auf den eigenen Schützling Hafizullah Amin, der jetzt Terrorist genannt wird, versucht man jetzt, den Terror Tarakis und die Tatsache, daß Karmal beider Weggefährte ist, vergessen zu machen. Aber dies gelingt nicht. Nicht nur, daß der Widerstand in Afghanistan selbst sehr stark ist, daß die Kolonialarmee große Verluste hat, es wachsen auch die Bestrebungen der Aufständischen, sich auf der Basis eines wirklichen Unabhängigkeitskampfes unter Ausschluß der vom US-Imperialismus gesteuerten Banden zu vereinigen. Am Tag des Einmarsches gab es nach Berichten aus afghanischen Quellen erste Kontakte zwischen Vertretern verschiedener kämpfender Organisationen ohne die Echwan-Organisation (Islamische Bruderschaft).

Und auch auf der ganzen Welt, überall demonstrieren Afghaner und fortschrittliche Menschen aller Nationen gegen diesen Einmarsch, in Delhi und Rawalpindi, in Istanbul und auch in Bonn. Dort rief die Generalunion afghanischer Studenten im Ausland zu einer Demonstration auf, die von der KPD/ML unterstützt wurde an der sich mehrere hundert Menschen beteiligten.

Die andere Supermacht, die USA-Imperialisten, nutzen die so entstandene Situation aus, um eine breit angelegte militärische und politische Offensive zu starten, die sich gegen die Völker Asiens richtet. Bereits fünf arabische Regierungen haben den USA öffentlich Militärstützpunkte zugesichert, das Marionettenregime von Saudi-Arabien versucht unter der Flagge „Verteidigung des Islam“ die Menschen islamischen Glaubens auf die Seite der USA zu ziehen. Gemeinsam mit ihren Achsenpartnern aus China versuchen die USA-Imperialisten nun, die UNO wieder fest in den Griff zu bekommen, eine Verurteilung der sowjetischen Sozialimperialisten zu erreichen, ohne für die eigenen aggressiven Akte bekämpft zu werden.

Unter dem Motto: Das arabische Öl muß vor dem sowjetischen Zugriff geschützt werden“, rufen jetzt die Imperialisten des Westens und die feudalen Diktatoren der Staaten am Arabischen Golf nach US-Truppen. Eine Haltung, wie sie genau dem Kalkül beider Supermächte entspricht.

Das afghanische Volk, das ohne die westliche Unterstützung kämpft, muß so auf seinem Weg der Befreiung des Landes von den großrussischen Imperialisten weitergehen und darf sich keinesfalls darauf einlassen, mit den US-Imperialisten in einer Front zu stehen. Nur so, im eigenständigen, unnachgiebigen Kampf gegen die sowjetischen Besatzer kann das Land befreit, können die verschiedenen Marionettencliquen verjagt werden.

AFGHANISTAN

Afghanistan: Das mittelasiatische Land, rund dreimal so groß wie die Bundesrepublik und von rund 20 Millionen Menschen bewohnt, war schon immer ein strategisches Durchgangsgebiet mit seinen Hochgebirgspässen und fast unbewohnten Regionen. Heute sind die Berge das Zentrum des Widerstands.

Zu Ihrer Information

Die sogenannte Demokratische Volkspartei Afghanistans

Diese Partei, die heute in der Moskauer und der gesamten revisionistischen Presse als „Vorhutpartei des Landes“ gefeiert wird, wurde vor 15 Jahren, im Jahre 1965, gegründet. Im Laufe der Volkskämpfe gegen den Imperialismus und die wechselnden Gruppen der herrschenden einheimischen Reaktionäre konnte sie kein eiziges Mal eine führende oder auch nur eine wichtige Rolle spielen.

Bereits vier Jahre nach ihrer Gründung zerfiel sie in zwei Parteien, die sogenannte Khalk-Partei und die Partscham-Partei.

Khalk, geführt von Taraki und Amin, war dabei diejenige Fraktion, die von Beginn an vor allem auf den Weg des Militärputsches setzte, um an die Macht zu gelangen, während die Partscham-Partei des jetzigen Kabuler Befehlsempfängers Karmal mehr für eine Koalition mit dem damaligen Präsidenten Daud eintrat.

Auch während der Jahre des faschistischen Daud-Regimes spielten diese beiden Parteien keine große Rolle. Moskau stützte sich bei der Durchsetzung seiner imperialistischen Interessen in Afghanistan auf die Daud-Clique selbst. In dieser Zeit waren die beiden revisionistischen Parteien nur ein Anhängsel des Regimes, das sie als „sozialistisch“ feierten.

Erst im Jahre 1977, als Dauds zunehmend proamerikanischer Kurs schon überdeutlich war, besann man sich in Moskau der „alten Freunde“ und sorgte kurzerhand dafür, daß sich die beiden Gruppierungen wieder zu einer Partei vereinigten.

So konnten sie, mit der massiven Hilfe Moskaus, den Putsch organisieren. Die Rivalitäten allerdings blieben. In ihrer jetzigen Propaganda versuchen die Revisionisten zu vertuschen, daß es keineswegs der jetzt plötzlich auch von ihnen als Mörder bezeichnete Amin gewesen war, der Karmal aufs Abstellgleis der Prager Botschaft geschickt hatte, sondern Taraki selbst. Dieser wurde ja bekanntlich erst im Herbst liquidiert, während Karmal schon seit dem Sommer in Prag war. Alle diese Tatsachen werden von den Revisionisten verschwiegen, um ihre Behauptung, es habe eine Aprilrevolution 1978 gegeben, die von Taraki geleitet war und deren Kurs jetzt von Karmal wieder eingeschlagen werden würde, aufrechterhalten zu können. So soll Amin, den man vor kurzem selbst noch einen engen Freund der UdSSR und einen „guten Kommunisten“ genannt hatte, als eine Art Betriebsunfall in einer revolutionären Partei verkauft werden, die es dort allerdings nie gab. Die sowjetische und revisionistische Propaganda, die zunächst behauptet hatte, Taraki sei gar nicht ermordet worden, sondern krankheitshalber zurückgetreten, mußte hier einen offenen Schwenk vornehmen, um den Anschein des Internationalismus wenigstens notdürftig wahren zu können. Man muß sich die Art der Propaganda für Karmal genau merken, um zu wissen, was gespielt wird, wenn auch er als ein weiterer „Betriebsunfall“ in der Geschichte der Demokratischen Volkspartei Afghanistans dargestellt werden wird.

Hinter der Kritik an der russischen Aggression verdeckt

Die Asien-Politik der USA

Verstärkte Aggressivität in ganz Asien!

Lächerlich sei es, so sagte ein Kommentator des WDR, wenn die Sowjetunion als Rechtfertigung ihrer Aggression gegen Afghanistan den USA vorwerfe, sie schürten dort Oppositionsbewegungen gegen das Regime. Das stimmt insofern, als es tatsächlich keine Rechtfertigung für den eigenen Überfall ist. Tatsache ist jedoch, daß die US-Imperialisten selbstverständlich ihre Finger nach Afghanistan ausgestreckt hatten und haben.

Der wachsende Einfluß der US-Imperialisten in Afghanistan war der ursprüngliche Grund für die sowjetischen Sozialimperialisten gewesen, den Putsch der Taraki-Leute und ihrer sogenannten Demokratischen Volkspartei im April 1978 zu organisieren. Denn der damalige Regierungschef Daud, 1973 selbst durch einen Putsch an die Macht gekommen und zunächst in Moskau als großer Antiimperialist gefeiert, hatte die Beziehungen zu Washington systematisch verstärkt und einen allmählichen Kurswechsel angebahnt.

Die reaktionären Kräfte im Lande, die feudalen und klerikalen Führer, die unter Dauds Regime die Macht besessen hatten, waren den neuen, kleinbürgerlichen Kreisen entstammenden Herrschern von Kabul gegenüber mißtrauisch und reorganisierten die reaktionäre Partei der „Islamischen Bruderschaft“, die für ihren Terror gegen die ländliche Bevölkerung seit langem berüchtigt war. Über die US-Militärstützpunkte im Iran, aber auch über Pakistan wurde diese Organisation mit Geld und Waffen versorgt. Eine Tatsache, die ihre eigenen Führer eingestanden haben.

Nach der Verjagung des Schahs des Iran wurde diese Unterstützung über Tarngesellschaften aus Pakistan fortgesetzt, wie die in der Region seit langem berüchtigte Asia Society oder die Drug Enforcement Group.

Inzwischen aber waren es bei weitem nicht nur die reaktionären Kräfte, die im Kampf gegen die Kabuler Diktatur standen; inzwischen hatte sich das Volk selbst erhoben, dessen Leben sich seit dem Putsch — entgegen aller Propaganda — nicht verbessert, sonder verschlechtert hatte. Es wollte nicht von sowjetischen Offizieren in den Gerichten abgeurteilt und nicht von der afghanischen Armee, die von sowjetischen Kommandeuren befehligt wird, abgeschlachtet werden.

Deshalb verstärkten die sowjetischen Sozialimperialisten die Unterdrückung.

Deshalb verstärkten aber auch die USA-Imperialisten ihre Versuche, diese Bewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen, um nicht etwas Ähnliches zu erleben wie im Iran.

Nach dem Sturz des Schahs haben die USA-Imperialisten ihre Asienpolitik neu ausgerichtet. Mit der „Überwindung des Vietnam-Traumas“ im Inneren des Landes, mit dem Aufpeitschen nationaler Emutionen, mit der Ölkriegpropaganda wurden die Bedingungen für eine Stärkung der militärischen Anwesenheit der nordamerikanischen Imperialisten geschaffen. Entscheidend verstärkt wurde vor allem die

Fortsetzung auf Seite 11

Gibt es einen neuen Weltkrieg?

Selbst auf mancher Sylvesterfeier, und erst recht in den Tagen danach, rückte nach den Ereignissen in Afghanistan für sehr viele Menschen die Angst vor einem neuen Krieg in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Es wurde und wird überall darüber gesprochen. Und das ist ja auch nicht ohne Grund so. Seitdem im Frühjahr 1979 der Schah des Iran gestürzt wurde und die westlichen Politiker den möglichen „Krieg ums Öl" an die Wand malten, hatte sich bereits der Grundton der Propaganda in den Massenmedien verändert. Die sowjetische Aggression gegen Afghanistan war dafür ein neuer Höhepunkt. Schon in den Monaten vorher war deutlichgeworden, daß die USA-Imperialisten und ihre NATO-Verbündeten die Gangart verschärften: die offenen Drohungen gegen den Iran, der Aufmarsch der US-Marine im Arabischen Golf, die nationalistische Kampagne in den USA, der Raketenbeschluß der NATO, alles dies waren Bausteine für eine allmähliche Änderung der Lage.

Entsprechend fielen dann auch die üblichen Neujahrsreden der westlichen Politiker aus, die Leitartikel der großen bürgerlichen Zeitungen und Reden der Fernsehkommentatoren: Überall wurde das Thema Krieg angesprochen.

Während so die beiden imperialistischen Supermächte sich gegenüberstehen und sich gegenseitig ihrer Aggressionen gegen Afghanistan und den Iran beschuldigen — wobei sie auch ihre sogenannten Partner in die jeweilige Propagandakampagne einschalten —, wird systematisch ein Klima der Angst geschürt, wird daran gearbeitet, die Menschen der ganzen Welt allmählich mit dem Krieg als einer Möglichkeit vertraut zu machen. Es wird aufgerüstet, „nach"gerüstet und nochmal gerüstet, der Waffenhandel hat Hochkonjunktur.

Während Breschnew schon vor Wochen drohte, nach dem Raketenbeschluß der NATO wäre es aus mit der Entspannung, erklärte Carter jetzt, SALT II sei entscheidend gefährdet. Inzwischen hat der US-Präsident eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die darauf hinauslaufen, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Moskau einzufrieren. Sicher werden die Ereignisse in Afghanistan nicht unmittelbar zu einer militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten, zu einem Weltkrieg führen. Ein wesentlicher Faktor ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Afghanistan auch vor dem jetzigen Einmarsch schon zum „Interessengebiet" Moskaus gehörte.

Aber die Ereignisse dieser Tage werden ein weiterer Schritt zur Anheizung militärischer Konflikte, zur Schaffung neuer Kriegsherde und Unruhen sein, die den Zielen der verschiedenen Imperialisten auf Kosten der Völker dienen sollen.

Die Imperialisten werden versuchen, ihre sogenannten Schutzschilde vor der Aggression des westlichen Imperialismus, wie es in Moskau heißt, oder vor der „kommunistischen" Aggression, wie es im Westen genannt wird, auszubreiten, jedem einzuhämmern, nur so sei er sicher. So werden sie ihre eigene Bewegungsfähigkeit zu erhöhen versuchen.

Als Antwort auf die sowjetische Aggression — so sagt es Washington, so sagt es die Wall Street — wird jetzt zunächst einmal die pakistanische Militärdiktatur aufgerüstet. Über ihre afghanischen Marionetten wiederum machen die neuen Kremlzaren dem Iran Bündnisangebote, und beide bemühen sich verstärkt um ihren Einfluß in Indien. So machen sie allmählich aus ganz Asien eine Zone der offenen Rivalität, wo für ihre Ziele das Blut unschuldiger Menschen fließen soll.

Die Alternative zu dieser Entwicklung, das wird in diesen Tagen deutlicher als je zuvor, ist nicht die Partnerschaft mit diesen oder jenen Imperialisten, wie es gerade zur Zeit in Asien auch die Pekinger Propaganda verstärkt darzustellen sucht, und dabei ihren nordamerikanischen Partner empfiehlt.

Die Alternative ist der Kampf der werktätigen Bevölkerung gegen jeden Imperialismus, gegen die einheimische Reaktion, die mit den Imperialisten paktiert, für nationale Unabhängigkeit, für Demokratie, für Sozialismus.



Sowjetische Patrouille in Kabul. Die Hauptstadt Afghanistans wird jetzt offen von der sowjetischen Armee kontrolliert, die die verhängte Ausgangssperre ebenso kontrolliert wie die Durchführung der Regierungsanordnungen der Marionette Babrak Karmal.

Einer der beiden großen Flugzeugträger, die in den arabischen Golf geschickt wurden.

Die Asien-Politik der USA

Fortsetzung von Seite 10

Marine im ganzen Pazifischen Ozean und — unmittelbar gegen den Iran gerichtet — im Arabischen Golf. Dort liegen die beiden größten US-Flugzeugträger, dort steht ein dreimal so starkes Kontingent an Marineinfanterie wie vor einem Jahr, und dort liegen zahlreiche Begleitschiffe für die Flugzeugträger. Vor allem in Zusammenarbeit mit den feudalen Herrschern der Golfländer wurden die vorhandenen Militärbasen ausgebaut und die Luftbrücke für die neuen US-Einsatztruppen erprobt.

Mit der abermaligen Steigerung der Militärhilfe der US-Imperialisten an die feudalen arabischen Herrscher, an das pakistanische Militärregime und an Länder wie Thailand und Indonesien, der Festigung der Diktatur in Südkorea und den Verbindungen nach Tokio und Peking versuchen die USA einen Ring um Asien zu legen, so wie dies die Sozialimperialisten über Afghanistan, den Südjemen, Indien und Vietnam tun wollen.

Beide imperialistische Supermächte haben ihre Asienpolitik im letzten Jahr verändert, nicht nur wegen der iranischen Revolution, sondern auch wegen der Festigung der Achse Washington-Peking. Sie haben ihren Herrschaftsanspruch offener gezeigt als vorher.

Die entschlossene Verurteilung der sowjetischen Aggression gegen Afghanistan, der sich jeder fortschrittliche Mensch anschließen muß, darf nicht dazu führen, aus solchen aktuellen Gründen heraus die genauso aggressive Politik der US-Imperialisten und ihrer Carter-Administration nicht zu verurteilen. So, wie heute die Völker des Irans die Hauptzielscheibe eines möglichen militärischen Überfalls durch die Yankees sind, kann es morgen irgendein anderes Volk Asiens sein.

Faschistischer Aufmarsch in der Türkei

Die Generale drohen mit einem Putsch!

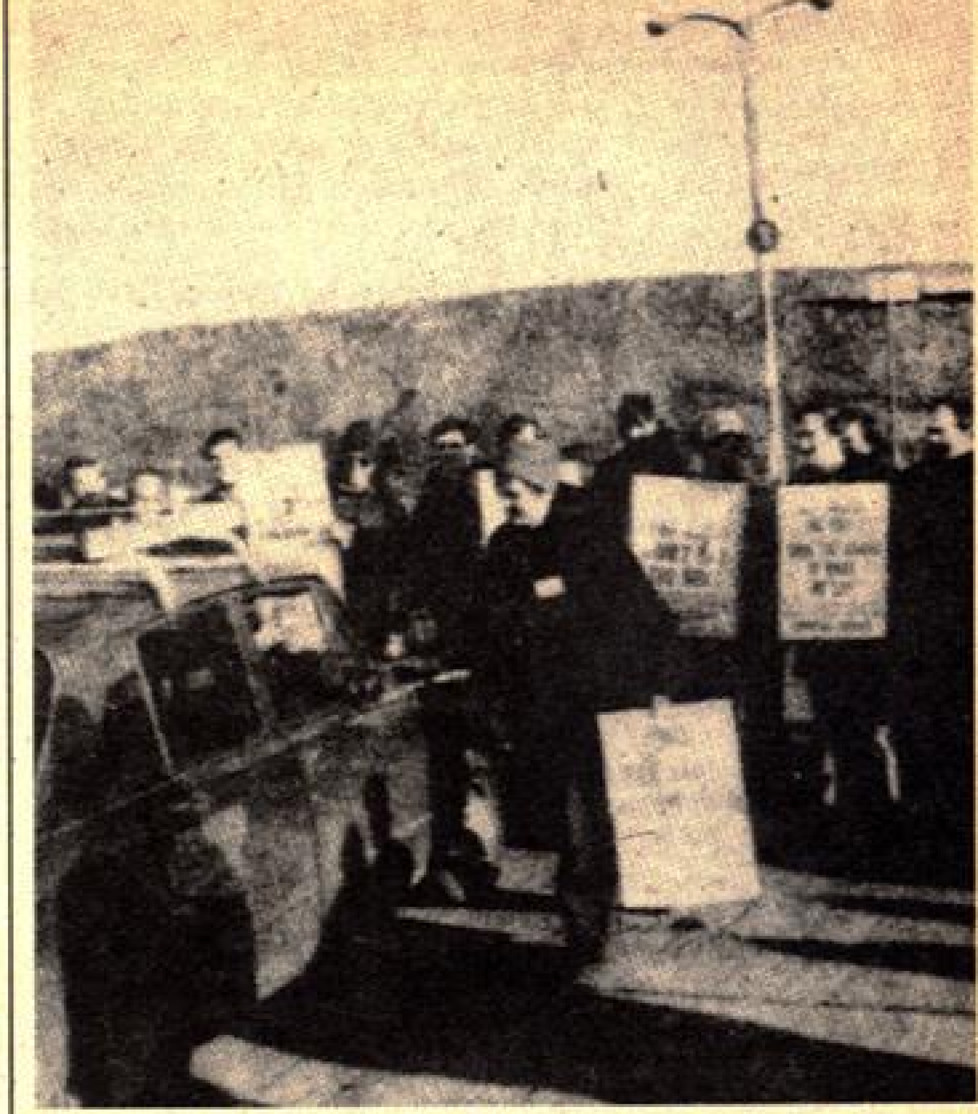
Parteien beeilen sich, dem Verlangen der Militärs nachzukommen

ANKARA.— Zu Beginn des neuen Jahres drohten die türkischen faschistischen Armeegenerale ganz offen mit einem Putsch. An die Adresse der Regierung Demirels und der sozialdemokratischen Opposition Ecevits gerichtet, erklärte der Chef des Generalstabs in einer überall verbreiteten Neujahrserklärung (!), wenn es Regierung und Parteien nicht schafften, die Ordnung herzustellen, müsse das Militär eingreifen.

Wem diese Drohung gilt, wird eindeutig ausgesprochen. „Solange die Internationale anstelle der Nationalhymne gesungen wird, ist keine Ordnung im Land", erklärte der Faschistengeneral. Und die großen reaktionären Parteien folgten dieser Drohung sofort. Nur zwei Tage später erließen sie in einer großen Koalition eine Reihe von Gesetzen, die faktisch das Kriegsrecht, unter dem bisher schon zahlreiche Provinzen standen, nicht nur auf das ganze Land ausdehnen, sondern auch noch verschärfen.

Mit dieser Politik soll die große Unruhe, die die Völker der Türkei erfaßt hat, gewaltsam unterdrückt werden. Nach den großen Massenkundgebungen am Jahrestag des faschistischen Massakers von Kahramanmaras, bei denen die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (Aufbauorganisation) eine führende Rolle gespielt hat, ist der türkischen Reaktion der Schreck in die Glieder gefahren. Das Kriegsrecht allein konnte die immer breiteren Wogen des Kampfes nicht mehr bremsen, die werktätigen Massen schüttelten seit den Kämpfen des 1. Mai 1979 die Angst vor diesen diktatorischen Gesetzen ab und kämpfen gegen Teuerung, Arbeitslosigkeit, imperialistische Ausplünderung und Faschismus.

Dabei erweist sich abermals, daß nicht nur Demirel mit den Faschisten paktiert, sondern auch der sogenannte Demokrat Ecevit zur aktiven Partnerschaft bereit ist. Beide große Parteien äußerten außerdem zur gleichen Zeit ihre Bereitschaft, mit den USA über die Verstärkung der militärischen Präsenz der US Army zu verhandeln, die der türkischen Armee zwei Tage nach der Putschdrohung Waffen für 500 Millionen Mark versprach.



Streikende Stahlarbeiter in Sheffield (Britannien) stehen vor den Toren der British Steel Corporation auf Streikposten.

Streikaufruf zu hundert Prozent befolgt

Britische Stahlarbeiter im Streik

Appell um internationale Solidarität

LONDON.— Am 2. Januar folgten alle rund 110000 britische Stahlarbeiter, die zum Streik aufgerufen worden waren, geschlossen diesem Aufruf. Der Streik wird aus zwei Gründen organisiert: der gewerkschaftlichen Lohnforderung von 17 Prozent setzten die British-Steel-Corporation-Manager ein Angebot von 6 Prozent entgegen, obwohl selbst die offiziell eingestandene Inflationsrate bereits 17,5 Prozent beträgt. Der Streik richtet sich aber auch gegen die geplante Radikalkur der britischen Stahlkapitalisten, die bis zur Mitte des Jahres ein Drittel der 150000 Arbeitsplätze vernichten wollen.

Die kämpfenden Stahlarbeiter sehen sich einer geschlossenen Front gegenüber. Das Sparprogramm der Regierung Thatcher beraubt sie, wie die ganze Arbeiterklasse der Inseln, zahlreicher sozialer Errungenschaften, für die jahrelang gekämpft worden war, und treibt die Inflation immer weiter hoch. British Steel ist eines jener staatlichen britischen Unternehmen, die vor Jahrzehnten von der damaligen Labour-Regierung verstaatlicht worden waren, angeblich als ein Schritt zum Sozialismus.

Die ehemaligen privaten Eigentümer aber herrschen dort weiter, entweder als staatlich bestellte Manager, als Teilhaber oder als beratende Vorstandsmitglieder. Jetzt, mit dem neuen Wirtschaftsprogramm der konservativen Regierung, sollen diese staatlichen Unternehmen entweder privatisiert oder, wie die Stahlindustrie, durchrationalisiert und die Kosten gesenkt werden. Im Zentrum der kapitalistischen Propaganda steht das Verlangen nach höherer Arbeitsproduktivität, was auch durch die Einführung verschiedener Prämiensysteme anstelle von Lohnerhöhungen für alle erreicht werden soll. Wie es in Wirklichkeit um die britische Wirtschaft steht, zeigt die Tatsache, daß alle die berüchtigten Londoner Großbanken im Jahr 1979 Rekordgewinne verzeichneten auf Kosten der verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse. Gegen diesen Kurs ist der jetzige Streik der Stahlarbeiter der bisher wichtigste und größte Kampf, dem lange Auseinandersetzungen an der Gewerkschaftsbasis vorausgingen.

Die Gewerkschaftsführer wurden gezwungen, diesen Streik zu organisieren. Sie zeigten bereits am 4. Januar, nur zwei Tage nach dessen Beginn, ihre Bereitschaft, den Streik abzubrechen, faktisch gegen gar nichts, außer einer Prämienvorauszahlung.

Die britischen Transportarbeiter bekundeten ihre Solidarität mit dem Beschluß, keinen ausländischen Stahl zu befördern, und riefen die Gewerkschaften anderer Länder ebenfalls zur Solidarität auf.

In einer Reihe von Artikeln will die Redaktion des „Roten Morgens" die Taktik der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront, wie sie von unseren kommunistischen Bruderparteien angewandt wird, aufzeigen. Es geht uns dabei darum, dem Leser ein besseres Verständnis der kommunistischen Taktik zu ermöglichen und auch genauere Kenntnisse über den Stand des Kampfes unserer Bruderparteien zu vermitteln. Beginnend mit dem Kampf der KP Spaniens (ML) gegen Monarchie, Faschismus und Imperialismus, werden wir die Reihe mit der Volksfrontpolitik der Parteien aus Portugal, Brasilien, Japan usw. sowie den geschichtlichen Lehren aus der Politik der PAA im Befreiungskampf gegen die faschistischen Besatzer fortsetzen.

Die Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien

Der Kampf um die spanische Republik

Über die Volksfrontpolitik der KP Spaniens (ML)

Die Kommunistische Partei Spaniens (ML) entstand im Jahre 1964 im Kampf gegen den Verrat der Carillo/Ibarruri-Clique, die im Mai 1956 die Politik der „nationalen Aussöhnung" begonnen und so die alte KP Spaniens in den Sumpf des Revisionismus gezerrt hatte. Die KPSp(ML) begann rasch nach ihrer Gründung und Festigung den Kampf um die Schaffung von Massenorganisationen, die den Zielen der Völker Spaniens dienten. Mitte der sechziger Jahre ging die Partei daran, jene revolutionären Massenorganisationen, die von der Führung der alten Partei liquidiert werden sollten oder im Stich gelassen wurden, wieder aufzubauen bzw. zu festigen: so die revolutionäre Gewerkschaft OSO, den Studentenverband FUDE und andere. Ebenso ging die Partei daran, Organisationen auf dem Lande zu schaffen wie die UPC, Volksorganisationen des Landes in einzelnen Regionen Spaniens, Stadtviertelkomitees in den Städten usw. Alle diese Organisationen hatten zum Ziel, den Kampf um die Tagesinteressen ihrer Mitglieder und Anhänger sowie der sozialen Klasse, auf die sie sich ausrichten, zu vertreten und den politischen Kampf gegen die faschistische Diktatur zu führen.

Der große Aufschwung des Klassenkampfes in Spanien Ende der sechziger Jahre mit einer Welle von Streiks, zahlreichen antifaschistischen Aktionen, illegalen Maifeiern großen Ausmaßes erforderte aber immer dringender eine einheitliche Organisation des Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus, gegen die Franco-Diktatur und ihre Yankee-Oberherren.

Der Aufbau der FRAP

Das 4. Plenum des Zentralkomitees der KP Spaniens(ML), das im Oktober 1970 tagte, zog daraus die nötigen Schlußfolgerungen. Es beschloß, überall im Lande die nötige Vorarbeit für die Schaffung einer gesamtnationalen Organisation des Kampfes für die Föderative Volksrepublik, die FRAP, zu leisten. Es wurden in zahlreichen Städten pro-FRAP-Komitees geschaffen und national koordiniert.

Im Laufe der siebziger Jahre wurden die pro-FRAP-Komitees zunehmend eine wichtige Kraft des antifaschistischen Kampfes, die zahllose Aktionen, auch militanter Art, organisierte, und in deren Reihen sich über Grenzen der Weltanschauung hinweg zahlreiche revolutionäre Republikaner vereinigten. Die Basis dieses Zusammenschlusses war das Sechspunkteprogramm der FRAP, dem sich zahlreiche weitere Organisationen anschlossen. In diesem Programm wurde gefordert: der Sturz der faschistischen Diktatur und die Vertreibung des Yankee-Imperialismus durch den revolutionären Kampf, die Errichtung der Föderativen Volksrepublik, die Verstaatlichung des ausländischen Monopolbesitzes und Einziehung des Besitzes der Oligarchie, eine tiefgreifende Agrarreform sowie die Liquidierung der Reste des spanischen Kolonialismus und die Schaffung einer Volksarmee. Ein konsequent revolutionäres, volksdemokratisches Programm also. Große Kämpfe werden unter den Fahnen der FRAP am 1. und 2. Mai 1973 geführt, wo Zehntausende zu illegalen Demonstrationen erscheinen.



Automobilarbeiterstreik in Madrid. Die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter seien sie wirtschaftlicher oder politischer Art, ist aufs engste mit dem Kampf um die Republik verbunden. Der Kampf gegen das geplante „Arbeiterstatut", das von allen monarchistischen Parteien unterstützt wird ist dafür ein deutlicher Beweis.

Die große Streikbewegung in Spanien im Jahre 1973, die auch sehr stark auf den Sektor des öffentlichen Dienstes übergriff, die Kämpfe gegen die Militärgerichtsbarkeit, der die streikenden Arbeiter unterworfen werden sollten, sowie eine Reihe revolutionärer Aktionen gegen Militärbasen des US-Imperialismus, das alles waren Beweise für den weiteren Aufschwung des Klassenkampfes in jenem Jahr, wobei die pro-FRAP-Komitees eine immer wichtigere Rolle übernahmen und besonders tatkräftig an der Kampagne für einen revolutionären Generalstreik mitarbeiteten, die auch von der Partei getragen wurde. Der I. Parteitag der KP Spaniens(ML) im April 1973 stellte fest, daß die Zeit für eine nationale Gründung der FRAP gekommen sei und wies alle Parteigenossen an, mit aller Kraft auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Am 6. Januar 1974 wurde die FRAP gegründet. In der Zeit danach verstärkte sich die Rolle der FRAP im antifaschistischen Kampf, gewann sie stark an Mitgliedern und steigerte die Zahl der Aktionen gegen die Diktatur.

Die Monarchie wird errichtet

Der Ruf der Völker Spaniens nach der Demokratie, der Republik wurde immer lauter, die Kämpfe wurden härter. Deshalb sahen sich die herrschende spanische Oligarchie und ihre US-amerikanischen Oberherren gezwungen, nach dem Tode Francos doch eine Reihe von Zugeständnissen zu machen, obwohl — wie seit 1968 von ihnen geplant — sie die Monarchie wieder einführten. Mehr politische Freiheiten, ein Parlament, die Legalisierung der Gewerkschaften, teilweise Aufhebung der Pressezensur — diese Errungenschaften des Kampfes gegen den Faschismus gehen mit dem fortgesetzten Polizeiterror, den Morden der Guardia Civil, der Beibehaltung der Folterkeller einher.

Mit der Errichtung der Monarchie verschärfte sich aber nicht nur der Kampf gegen die Reaktion, gegen den Faschismus, sondern die verschiedenen politischen Kräfte, Parteien, Organisationen und Gewerkschaften mußten sich auf die neuen Bedingungen einstellen, Position beziehen.

Für die US-Imperialisten und die spanische Oligarchie, die herrschenden Kräfte des Landes, war mit dem Tode Francos, jener Figur, auf die die gesamte Reaktion eingeschworen war, eine schwierige Lage entstanden, zumal dies in einem Augenblick des Aufschwungs des antifaschistischen Kampfes geschah. Sie brauchten jetzt die offene Unterstützung aller Parteien, die grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit waren. In diesem Moment setzte die Kommunistische Partei Spaniens unter der Führung Santiago Carillos ihre Politik der "nationalen Aussöhnung" fort, indem sie sich als erste Partei, die sich als "kommunistisch" nennt, offen zur Monarchie und ihrer Unterstützung bekannte. Wie die revisionistische KPS war auch die Sozialistische Partei unter Führung des Brandt-Zöglings Felipe Gonzalez die Fahne der Republik bereit und wurde zu einer monarchistischen Partei.

Der sogenannte "Pakt von Moncloa" kurz nach der Thronbesteigung von Juan Carlos, dem Bourbonenhäuptling, besiegelte offiziell die Unterstützung der Revisionisten und der Reformisten für die Monarchie, ihren Verrat an der Republik. Mit dieser Unterstützung gelang dann auch das Manöver der Wiedereinführung der Monarchie, die in allen Grundfragen eine Fortsetzung des Franco-Faschismus darstellte, auch wenn sie dem Kampf des Volkes Zugeständnisse machen mußte, von denen aber entsprechend den Plänen der Reaktion nur die Parteien des Paktes profitieren sollten. Mit Adolfo Suarez wurde ein bewährter Kader des faschistischen Staates an die Regierung gebracht, und mit der UCD eine entsprechende Partei geschaffen, die ihre Basis in der katholischen Kirche hat.

Für die republikanischen Kräfte, die durch den Verrat der beiden großen angeblichen Oppositionsparteien in Verwirrung geraten waren, war damals eine schwierige Situation entstanden. In dieser Lage war es die Kommunistische Partei Spaniens (ML), die die Fortsetzung des Kampfes um die Republik organisierte. Die Partei verstand und versteht diesen Kampf nicht als eine formale Frage, als die Ersetzung einer Regierungsform durch eine andere, sondern sie weiß, daß alle Forderungen, die heute von den Völkern Spaniens erhoben werden — seien es demokratische, antiimperialistische oder nationale — im Grunde republikanische Forderungen sind. Deshalb erhob die spanische marxistisch-leninistische Partei das Banner des Kampfes um die Republik als das des Kampfes gegen Yankee-Imperialismus und Oligarchie.

Noch breiter organisieren

Unter diesen so entstandenen konkreten Bedingungen aber war die FRAP als Organisation des revolutionären Kampfes um die volksdemokratische Republik nicht mehr ausreichend, um alle Strömungen des Kampfes gegen die Monarchie zusammenzufassen und zu organisieren. So wurde im Mai 1976 eine Tagung der republikanischen Kräfte ganz Spaniens organisiert, an der neben der Partei und der FRAP zahlreiche weitere Organisationen und Parteien teilnahmen, die gemeinsam die Republikanische Konvention der Völker Spaniens schufen, die breiteste Organisation des Kampfes gegen die Monarchie.

Zahlreiche Aktionen gegen Faschismus und Monarchie wurden von der Konvention organisiert, die einen breiten Widerhall in der werktätigen Bevölkerung fanden.

Die Kommunistische Partei Spaniens (ML) betont in diesem Kampf stets, daß aus der Republik kein Mythos gemacht werden darf, sondern daß die Frage steht, ob diese Republik wahrhaft demokratisch, eine wirkliche Volksrepublik sein wird oder nicht. Von dieser Position aus unterstützt sie den Kampf der Republikanischen Konvention mit aller Kraft und war bei den regionalen Wahlen im letzten Jahr die treibende Kraft für die Einheitskandidaturen der Republikanischen Linken, bei denen die Konvention gemeinsam mit unorganisierten republikanischen Persönlichkeiten in verschiedenen Bezirken kandidierte und dabei 70 000 Stimmen errang. Im Zuge des Wahlkampfs wurden in den entsprechenden Bezirken Tausende von Menschen in die Republikanischen Konvention Mitglieder, was ein Anwachsen der Kampfmöglichkeiten der Organisation bedeutete.

Die Republikanische Konvention und die Genossen der KP Spaniens (ML) an ihrer Spitze organisierten zahlreiche Aktionen und Aktivitäten, um die Basis des Kampfes weiter zu verbreitern und alle verfügbaren Kräfte zu sammeln, auch jene republikanisch gesinnten Menschen, die sich noch unter dem Einfluß der Revisionisten Carillos' und der Reformisten Gonzales' befinden. Darunter waren in letzter Zeit besonders wichtig: die nationale Kunstausstellung, an der sich Dutzende prominenter republikanischer Künstler beteiligten; die Antiimperialistische Konferenz der Völker Spaniens, die ein breites Forum der Entlarvung des Imperialismus, vor allem des nordamerikanischen, schuf; die Beteiligung an den Koordinationstreffen gegen die Investitionspläne der General Motors in Spanien usw. usf.

Ein lehrreiches Beispiel

Für die Kommunisten und Revolutionäre der verschiedenen Länder stellt der Kampf der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) um die Einheitsfront des Volkes im Kampf gegen Monarchie und Imperialismus ein lehrreiches Beispiel dafür dar, wie eine marxistisch-leninistische Partei, ohne ihre korrekte Strategie auch nur im mindesten in Frage stellen zu lassen, bei einer tiefgehenden Veränderung der Lage dazu fähig ist, ihre revolutionäre Taktik auszuweiten, immer breitere Schichten der Werktätigen zusammenzufassen und führend daran zu arbeiten, eine starke Kampforganisation zu schaffen.

Der Aufbau der Republikanischen Konvention als Antwort auf das monarchistische Manöver der Reaktion sowie die Verbreiterung der Arbeit an anderen Fronten des Kampfes war genau die richtige Antwort der Kommunisten auf diese Manöver und seine Unterstützung durch die Carillo- und Gonzales-Cliquen.

So wie die KP Spaniens (ML) führend am Aufbau der Republikanischen Konvention arbeitet, so hat sie auch dafür gesorgt, daß die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung verbreitert wurde, daß über die OSO hinaus eine so breite Organisation des Kampfes wie die AOA geschaffen wurde, die angetreten ist, die Vorherrschaft der revisionistischen Arbeiterkommissionen und der sozialdemokratischen UGT zu brechen und dabei bereits wichtige, zählbare Erfolge in verschiedensten großen Betrieben und einer Reihe von Bezirken erzielt hat. In ähnlicher Weise wurden und werden auch auf anderen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens möglichst breite Methoden der revolutionären Organisierung angewandt, um alle möglichen Kräfte zu sammeln. Die KP Spaniens (ML) ist innerhalb der Republikanischen Konvention auch diejenige Kraft, die dafür arbeitet, das Programm der Konvention nicht nur für ganz Spanien zu konkretisieren, sondern auch für jede Region, um so die Konvention auch zum führenden Faktor im Kampf um Autonomie der Regionen zu machen.



Guardia-Civil-Parade. Diese faschistische Terrortruppe agiert in der angeblich demokratischen Monarchie genauso wie zu Francos Zeiten, brutal und blutig.

Faschistische Unterwanderung bei den Grünen

„Grün und braun gehen gut zusammen“

Eines der hervorstechendsten Merkmale der „grünen“ Bewegung ist von Anfang an ihre politische Buntscheckigkeit gewesen. Daß in dieser Bewegung CDU-Leute, Reformisten, Maoisten usw. zusammenwirken, ist allgemein bekannt. Aber auch alte und neue Faschisten haben sich dort eingenistet. Der folgende Artikel bringt einige Fakten dazu.



Gruhl und Bahro auf dem Offenbacher Kongreß

Als der selbsternannte Marxist Rudolf Bahro in die Bundesrepublik kam, hatte er seinen ersten großen Auftritt bei dem Offenbacher Kongreß der *Grünen, Bunten* und *Alternativen*. „Rot und grün, grün und rot gehen gut zusammen.“ So begann er seine Rede, die insgesamt von dem Versuch gekennzeichnet war, der *grünen* Bewegung einen fortschrittlichen, einen roten Farbtupfer aufzusetzen. Tatsächlich jedoch — um im Bilde zu bleiben — sind bislang grün und braun zusammengegangen und sehr gut miteinander ausgekommen.

Nehmen wir Baldur Springmann. Er war eine der zentralen Figuren auf dem Offenbacher Kongreß und gehört zur Führungsmannschaft der *Grünen* um Herbert Gruhl. Er ist nicht nur ein offenbar frommer Mensch, der sich so seine Gedanken über die gottgewollte Ordnung dieser Welt macht („Bei uns ist die industrielle Entwicklung kapitalistisch gelaufen. Es hätte auch andere Möglichkeiten gegeben, aber der liebe Gott hat das nun mal so gewollt.“). Im Gegensatz zu Bahro sagt Springmann auch klar, was er von denen hält, die diese Ordnung in Frage stellen: „Wer heute noch glaubt, Klassenkampf führen zu müssen, der ist bei uns fehl am Platz.“

Da hält es der Baldur Springmann lieber mit den Braunen. Zum Beispiel mit Thies Christophersen. Der ist eine der bekanntesten Gestalten des faschistischen Sumpfs in der Bundesrepublik, unter anderem Verfasser des Buches „Die Auschwitz-Lüge“. In Christophersens Zeitschrift „Die Bauernschaft“ hat Springmann immer wieder Inserate aufgegeben. Und denen, die ihn deshalb angriffen, hielt er entgegen, Christophersen sei doch ein „aufrechter Mensch“.

Solche Zuneigung für die Faschisten empfindet auch eine andere Person aus dem Umkreis des *Grünen*-Chefs Gruhl. Es handelt sich um Christa Mewes, zuständig für die Programmatik der *Grünen* in Familien- und Erziehungsfragen. Diese Dame — unter anderem auch Mitarbeiterin verschiedener Springer-Blätter — trat wiederholt als Referentin bei der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ auf. Einer ihrer Mitreferenten war dort Jürgen Rieger, Mitglied der terroristischen Nazi-Bande „Aktion Widerstand“.

Spätestens bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im letzten Jahr ist zudem deutlich geworden, daß auch Aktivisten der verschiedenen faschistischen Gruppierungen selbst in der *grünen* Bewegung mitarbeiten. Im Hamburger Wahlkampf trat neben der vom KB beherrschten *Bunten Liste* auch eine *Grüne Liste Umweltschutz* (GLU) auf. Der Initiator dieser Liste war der Oberregierungsrat Beddermann, Chef der GLU in Niedersachsen und einer der Gruhl-Leute der ersten Stunde.

Zum Vorstand der Hamburger GLU gehörten einige Führungskader der neofaschistischen Organisation SVB: Ulrich Behrens, Roland Schaub, der auch schon als Wahlhelfer für die NPD in Erscheinung getreten war, und andere. Lothar Penz, Mitglied der GLU-Schiedskommission, war einer der Mitbegründer der SVB und unter anderem auch Schulungsleiter bei der „Aktion Neue Rechte“, einer Abspaltung von NPD-Leuten, denen ihre Partei nicht mehr „radikal“ genug war.

War die Hamburger *Grüne Liste* eindeutig von faschistischen Elementen beherrscht, so bestand die Spitzenmannschaft der *Grünen* bei der Bremer Bürgerschaftswahl im wesentlichen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern. Aber auch hier fand sich auf der Liste der Kandidaten für das Landesparlament ein Nazi. E. A. Meyer, ein Mitglied der „Stillen Hilfe“, die sich um verurteilte Nazi-Verbrecher kümmert, rührte im Wahlkampf die Werbetrommel für Rudolf Heß, den er als unschuldig bezeichnete, und er forderte auch gleich eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher.

Die organisierten Faschisten in der Bundesrepublik hatten schon sehr früh erkannt, daß die entstehende *grüne* Bewegung ihnen ein neues Betätigungsfeld bieten würde. Und sie stellten auch ideologische Gemeinsamkeiten fest. Martin Mußgnug, Chef der NPD, sagte beispielsweise: „Wenn einige vorausschauende Linke in der grünen Welle letztlich die Gefahr einer Rechtsentwicklung sehen, so wollen wir dem nicht widersprechen.“ Berührungspunkte zwischen *Grünen* und Braunen ergeben sich etwa in der Absage an jede Form des Klassenkampfes, in der Forderung nach einem „starken Staat“ (siehe die nebenstehenden Ausführungen von Herbert Gruhl). Und auch der Naturkult der *Grünen* erinnert stark an die faschistische Blut- und Boden-Ideologie.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß zum Beispiel in Rheinland-Pfalz die NPD selbst eine *Grüne Liste* bildete und deren Programm weitgehend von Gruhl abschrieb. Der Bundesvorsitzende der GLU, Georg Otto, der später Sekretär bei Gruhls *Grünen* wurde, hat übrigens mit dieser NPD-Liste Fusionsverhandlungen aufgenommen. Und auch sonst arbeitete man eng zusammen. Die NPD-nahe Zeitschrift „Volk und Umwelt“ berichtete über einen „Landeskoordinationsausschuß des Umwelttreffens in Rheinland-Pfalz“, der am 15. 10. 1978 eingerichtet wurde. Dort waren nach Angaben dieser Zeitschrift vertreten: verschiedene neofaschistische Gruppierungen, unter anderem die Jungen Nationaldemokraten, die GAZ, die GLU und die AUD (aus letzteren drei Organisationen hat Gruhl dann seine Vereinigung *Die Grünen* gebildet).

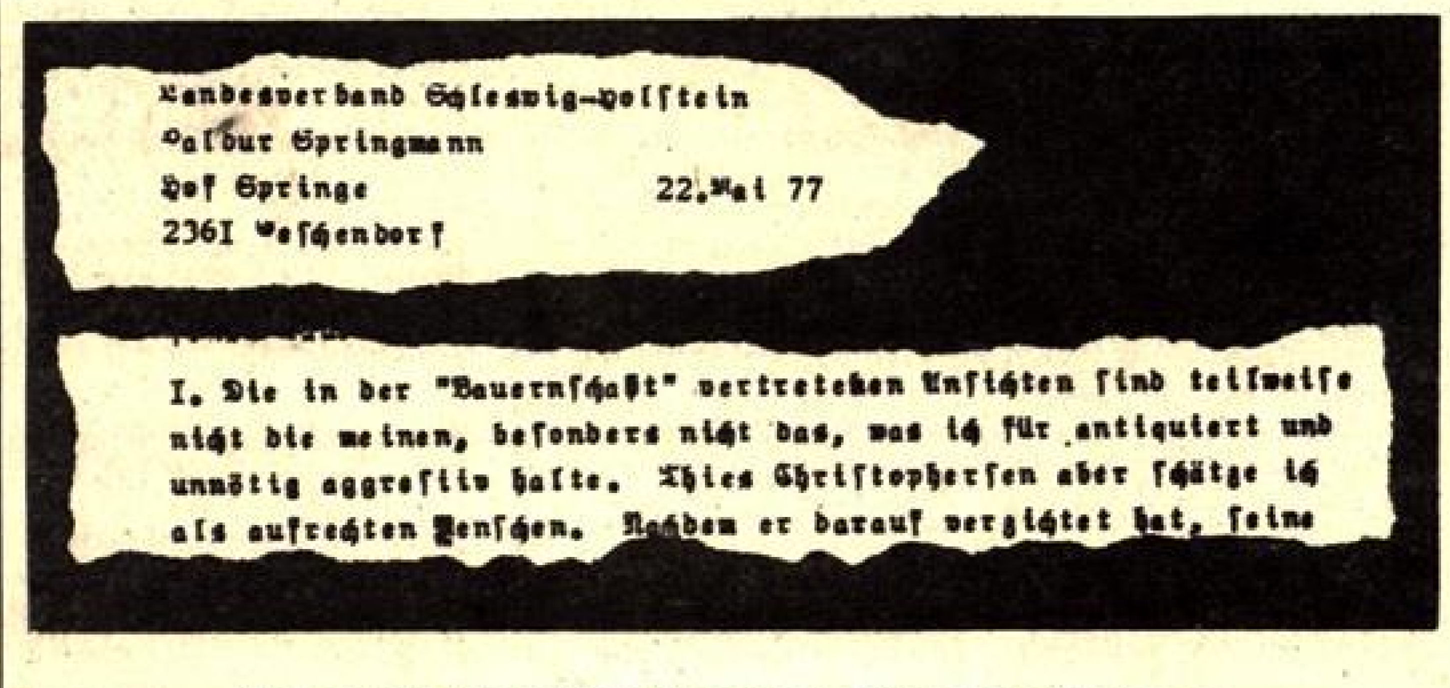
Personell vertreten bei diesem Ausschuß waren unter anderem der bereits erwähnte Georg Otto und der berüchtigte Nazi-Terrorist Erwin Schönborn, Führer des „Kampfbunds deutscher Soldaten“. Schönborn, der zu Recht als Anstifter einer Reihe von faschistischen Terrorbanden in der Bundesrepublik gilt, ist 1978 übrigens auch als Gründer einer *Grünen Liste* in Baden-Württemberg aktiv geworden.

Es ließen sich noch viele andere Beispiele für die Verfilzung von *Grünen* und Braunen anführen. Wir wollen uns jedoch weitere Ausführungen ersparen und noch einmal zum Ausgangspunkt, der Rede von Rudolf Bahro, zurückkehren.

Angesichts der hier dargestellten Verhältnisse muß Bahros eingangs angeführte Grün-plus-Rot-Rechnung vollends als Hohn, als eine hinterhältige Beleidigung der roten Traditionen der Arbeiterbewegung wirken. Oder haben etwa die „linken“ Unterstützer der *Grünen*, die Bahro, Dutschke, Horaczek usw. von alldem nichts gewußt? Sie kannten und kennen die grün-braune Verfilzung sehr wohl, und sie haben sich ebenso wie Gruhl schützend vor die *grünen* Nazis gestellt.

Da war etwa der oben angeführte Fall des Bremer Bürgerschaftskandidaten Meyer. Natürlich haben seine Person und seine Propaganda für die NS-Verbrecher eine starke Empörung hervorgerufen. Und Rudi Dutschke war es, der diesen Faschisten gegen alle Kritik mit der Bemerkung verteidigt hat, man dürfe der Generation unserer Väter nicht den Zugang zur Öko-Bewegung versperren. Wahrhaftig eine Ungeheuerlichkeit, weil hier nicht nur die Beteiligung von Faschisten an der *grünen* Bewegung verteidigt wurde, sondern zudem noch diese Elemente umstandslos mit der älteren Generation unseres Volkes gleichgesetzt wurden.

Gerade im Dunstkreis der *grünen* Bewegung kann man heute immer wieder beobachten, daß sogenannte Linke nicht nur bereit sind, die Existenz des Klassenkampfes zu leugnen, sondern daß sie auch bereit sind, das Grundlegendste aufzugeben, das alle fortschrittlichen Kräfte in diesem Land verbindet: die Frontstellung gegen den Faschismus nämlich. Das erschreckendste Beispiel dieser Tendenz ist zweifellos der ehemalige Studentenführer und spätere Kandidat der unter „linkem“ Mäntelchen segelnden *Grünen Liste Hessen*, Daniel Cohn-Bendit. Er trat bei Veranstaltungen mit der Forderung „Freiheit für Heß“ auf und verteidigte im vergangenen Juni die „Freiheit“ der NPD, ihren provokatorischen Aufmarsch in Frankfurt durchzuführen.



Landesverband Schleswig-Holstein
Baldur Springmann
Hof Springe
2361 Geschendorf 22.Mai 77

I. Die in der "Bauernschaft" vertretenen Ansichten sind teilweise nicht die meinen, besonders nicht das, was ich für antiquiert und unnötig aggressiv halte. Thies Christophersen aber schätze ich als aufrechten Menschen. Nachdem er darauf verzichtet hat, seine

Springmann (*Die Grünen*) über den Faschisten Christophersen

„Ein Planet wird geplündert“

Herbert Gruhls Marsch in die Diktatur‘

„Ein Planet wird geplündert“ — so nennt Herbert Gruhl, Chef der Vereinigung *Die Grünen*, das Buch, in dem er die Grundlagen seiner Politik niedergelegt hat. Eine rührige Propaganda hat diesem Buch inzwischen eine Auflage verschafft, die in die Hunderttausende geht. Im folgenden — jeweils kursiv gesetzt — einige Auszüge:

Für Gruhl gibt es auf dieser Welt zweierlei Arten von Menschen. Da sind einmal die *Wenigen, die unsere gegenwärtige Epoche durchschauen* und zu denen er sich in aller Bescheidenheit selbst zählt. Und dann ist da noch die große Masse. *Den nun schon auf Milliarden angewachsenen Einwohnern der Städte ist jeder Sinn für reale Zusammenhänge und die Lebensgrundlage abhanden gekommen.*

Dieser Masse steht der Autor völlig verständnislos gegenüber. *Jahrtausende haben die Menschen es als Mühsal und Plage empfunden, arbeiten zu müssen ... und heute verlangen die Menschen Arbeitsplätze. Ist das nicht absurd?* Herbert Gruhl kann das nicht begreifen. Schließlich drängt er sich selbst ja auch nicht nach Arbeit und gibt sich mit der Stellung und den Diäten eines Abgeordneten des Bundestags zufrieden. Überhaupt die Arbeit! *Natürlich ist Arbeit nur eine schamvolle Umschreibung des Umstands, daß die Menschen Geld verdienen wollen, möglichst viel Geld, mit dem sie beim Konsumwettbewerb mithalten können.* Gruhl dagegen ist nicht schamvoll, wenn er sein fürstliches Abgeordnetengehalt einstreicht. Aber — wie gesagt — er hat ja auch nicht dafür gearbeitet.

Aber zurück von einem der *Wenigen* zur arbeitenden Masse. *Der entscheidende Grund, warum es in den Industrieländern weder zu nennenswerter Arbeitslosigkeit noch zu bedeutender zusätzlicher Freizeit gekommen ist, liegt in der grenzenlosen Begehrlichkeit des Menschen, der von Freizeit redet, aber immer mehr Güter haben will.* Und da regen sich die Menschen über die Arbeitslosigkeit, die ja gar nicht nennenswert ist, auf und verlangen neue Arbeitsplätze! Wie soll man sich so etwas erklären? Gruhl findet den Grund. *Die psychologischen und anderen Wissenschaften, die sich mit dem Menschen beschäftigen, führen den Beweis, daß die materialistische Zielsetzung auf das Wohlleben hin eine selbstzerstörerische Fehlentwicklung des Menschen selbst ist.*

So sind also wir alle, abgesehen natürlich von den *Wenigen*, nichts als eine Fehlentwicklung der Natur, wenn man uns überhaupt noch als menschliche Wesen ansieht, dann höchstens als Untermenschen. Und liegt es da nicht auf der Hand, daß sich die *Wenigen* gegen diese degenerierte Masse auch entsprechend rücksichtslos durchsetzen müssen? Doch dazu später. Zunächst wollen wir kurz referieren, was laut Gruhl die *grenzenlose Begehrlichkeit* der Menschheit gebracht hat. Sie hat eben, wie schon der Titel seines Buches sagt, dazu geführt, daß unser Planet völlig ausgeplündert ist. Die berühmten Grenzen des Wachstums sind erreicht, die Rohstoffe und Lebensmittel gehen zur Neige, auf der anderen Seite jedoch wächst die Bevölkerung immer mehr, kurz — die Katastrophe, der endgültige Zusammenbruch steht vor der Tür. Und nach Gruhls Prognose wird diese Katastrophe schon in der kommenden Generation Wirklichkeit.

Was tun? Wer soll diese Entwicklung aufhalten? *Jetzt muß die Zukunft geplant werden. Und es ist weit und breit niemand sichtbar, der das tun könnte, außer dem Staat. Wenn er es aber tut, dann muß er jetzt tatsächlich viele Freiheiten entschlossen aufheben, um das Chaos zu verhindern. Jetzt kann er nicht mehr verteilen (was allein schon unfaßbar ist), jetzt muß er wegnehmen, entziehen, rationieren — und das nicht nur einer Gruppe, sondern allen. Er müßte eine Überlebensstrategie nicht nur konzipieren, sondern auch rücksichtslos durchsetzen.*

Und was soll uns weggenommen und entzogen werden? *Nur dann hätten wir noch eine Chance, wenn wir geradezu asketische Einschränkungen in fast allen Bereichen des Lebens auf uns zu nehmen bereit und fähig wären. Dazu gehören massiver Konsumverzicht, Beschränkung der Kinderzahl, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Kapitalinvestitionen, sogar der Nahrungsmittelerzeugung mit dem Ziel, weltweit den Übergang vom gefährlichen Wachstum in einen Gleichgewichtszustand zu erzwingen.* Gruhl wird hier allerdings nur in einem einzigen Punkt konkret, nämlich bei der Bevölkerungszahl. *Für die Bundesrepublik Deutschland dürften etwa 40 Mill. Einwohner zu verantworten sein, also zwei Drittel des heutigen Bestands.* Zwanzig Millionen Menschen sind also zuviel in unserem Land. Sie müssen weg, fordert Gruhl. Auch so etwas also muß der Staat nicht nur planen, sondern auch rücksichtslos durchsetzen. Und um es noch dem Letzten klarzumachen: *Solche Überlegungen lassen es als durchaus möglich erscheinen, daß einem in absehbarer Zeit eintretenden Weltnotstand nur durch Einführung diktatorischer Vollmachten auch in den parlamentarisch regierten Ländern zu begegnen ist.*

Eine solche Diktatur allein ist jedoch nach Gruhl nicht ausreichend zur Vorbereitung auf die von ihm vorhergesagte Katastrophe. *Für die Zukunft werden die Völker einen riesigen Vorsprung erreichen, denen es gelingt, ihren Rüstungsstandard auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten.*

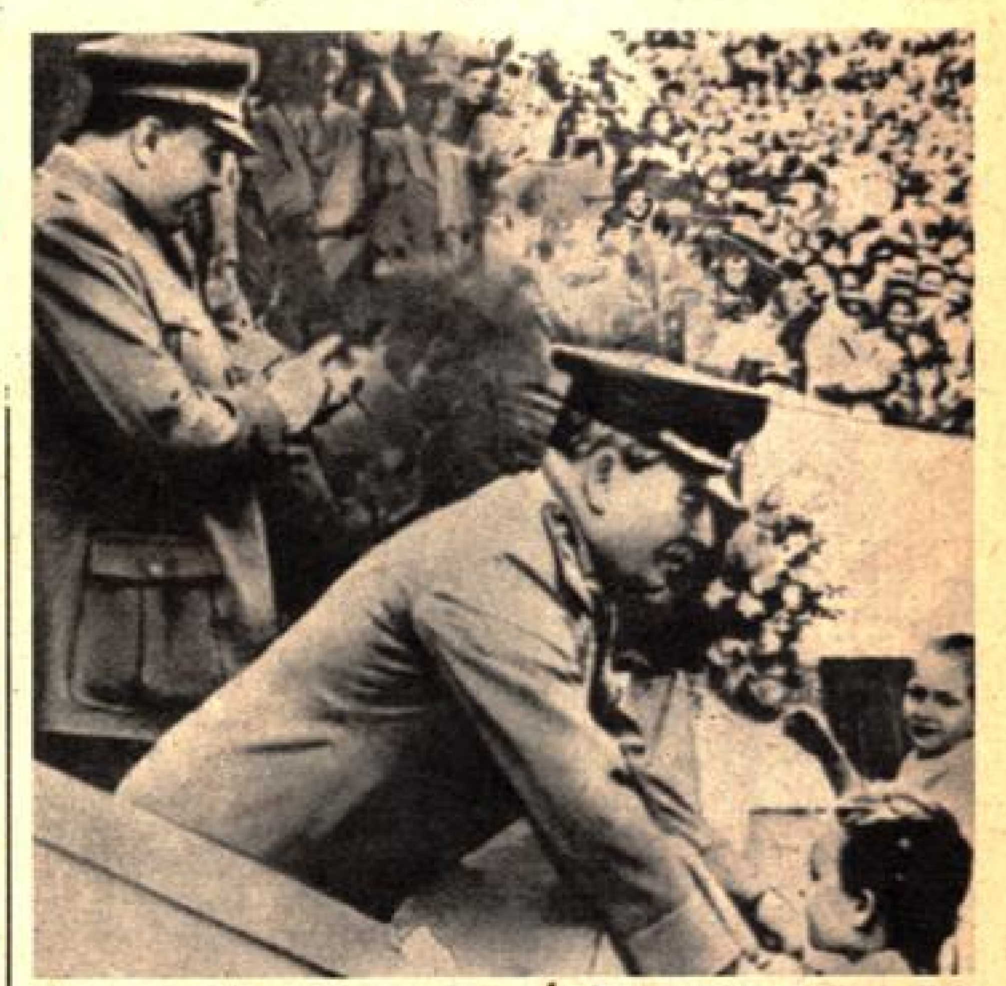
Aber hat es all das nicht schon einmal gegeben bei uns? Die Diktatur, die erzwungene Senkung des Lebensstandards, die Rüstung auf höchster Spitze? Gewiß — es ist erst einige Jahrzehnte her, und das alles diente der Vorbereitung des imperialistischen Raubkriegs. Damals sagten die Faschisten, dieser Krieg wäre notwendig, um unserem „Volk ohne Raum“ das Überleben zu sichern. Wenn heute Herr Gruhl ein ähnliches „Überlebensprogramm“ entwirft, wen sollte es da noch wundern, daß er und seine Gruppierung auf die unverhohlene Sympathie der alten und neuen Faschisten rechnen können?

TIRANA, im Dezember 1979.— In der zweiten Dezemberhälfte des letzten Jahres begann die albanische Presse und der Rundfunk mit der Verbreitung des Textes eines kürzlich erschienenen neuen Buches des Ersten Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hoxha. Dieses Buch enthält einen Artikel des Genossen Enver Hoxha anläßlich des 100. Geburtstags des großen Führers der Arbeiterbewegung aller Länder, Josef Wissarionowitsch Stalin, sowie Notizen aus dem politischen Tagebuch Enver Hoxhas über die fünf Begegnungen, die er mit J.W. Stalin hatte. Dieses Buch, die darin enthaltenen Tatsachen und Dokumente über das persönliche Wirken J.W. Stalins sind ein sehr wertvoller Beitrag der albanischen Partei der Arbeit zur Verteidigung der Person J.W. Stalins gegen die konzentrierten Hetzkampagnen aller Feinde des Sozialismus. Mit der Veröffentlichung dieses Buches, betont das Zentralorgan der PAA „Zëri i Popullit" (Volksstimme), verstärkt die PAA ihre Arbeit und ihren Kampf, um ihre Pflicht als wahrhaft marxistisch-leninistische Partei zu erfüllen, die darin besteht, J.W. Stalin zu verteidigen und die Wahrheit über sein Leben und sein Werk zu verbreiten. (Der „Rote Morgen" veröffentlicht hier Auszüge einer eigenen vorläufigen Übersetzung anhand der Nachrichten der albanischen Agentur ATA.)

Ein neues Buch von Genossen Enver Hoxha

„Bei Stalin" — Erinnerungen

Erinnerungen an die Treffen Enver Hoxhas mit J.W. Stalin



Im Juli 1947 besuchte der Genosse Enver Hoxha zum ersten Mal die Sowjetunion, wo er auch mit dem Genossen Josef Stalin zusammentraf. Unser Bild zeigt ihn mit Stalin im zentralen Stadion von Moskau.

In der Einleitung des Buches betont Genosse Enver Hoxha, daß es sich um persönliche Erinnerungen an Stalin handelt, so „wie ich ihn in seinem Benehmen gegenüber dem Vertreter einer kleinen Partei und eines kleinen Volkes wie dem unseren erlebte". Genosse Enver Hoxha sagt einleitend: „Ich gehe dabei von dem Wunsch aus, unseren Kommunisten, unserer werktätigen Bevölkerung und unserer Jugend die Gestalt dieses großen und unsterblichen Mannes bekanntzumachen."

Zahlreiche grundlegende Fragen werden in der Schilderung dieser Begegnungen angesprochen und dabei die klare marxistisch-leninistische Haltung J.W. Stalins in allen diesen Fragen nachgewiesen.

Stalin — ein wahrer Internationalist

„Stalin war niemals anders zu uns als ein Bruder, sprach stets sehr warmherzig und freundlich mit uns und war immer sehr daran interessiert, jeden Vorgang möglichst genau zu kennen."

Im besonderen zeigte J.W. Stalin bei den Treffen mit Enver Hoxha großes Interesse am Verlauf des sozialistischen Aufbaus in Albanien.

„Genosse Stalin wollte soviel als möglich wissen, er war sogar an Details interessiert, freute sich über die Erfolge, zögerte aber auch nicht, kameradschaftliche Anmerkungen zu machen und gab uns wertvolle Ratschläge für die zukünftige Arbeit", notiert Genosse Enver Hoxha über die erste Begegnung mit Stalin, im Jahre 1947.

„Wir', sagte Genosse Stalin mehr als einmal, „werden euch dabei helfen, die Industrie und Landwirtschaft mit der nötigen Maschinerie auszurüsten, die Armee zu stärken und das Erziehungs- und Kulturwesen zu entwickeln. Die anderen Maschinen werdet ihr bezahlen, wenn ihr in der Lage dazu sein werdet, aber die Ausrüstung für euere Armee werdet ihr so bekommen, sie braucht nicht bezahlt zu werden."

„Wir", sagte Genosse Stalin bei einer anderen Gelegenheit, „werden euch alle Kader schikken, um die ihr gebeten habt, und sie werden mit aller Kraft arbeiten, euch zu helfen. Aber ihr müßt euere eigenen Leute, Kader und Spezialisten, ausbilden, die unsere ersetzen werden, weil unsere Leute nicht für immer in Albanien bleiben werden."

Niemals, berichtet Genosse Enver Hoxha, stellte J.W. Stalin die sowjetische Hilfe als die entscheidende Tatsache für die albanische Entwicklung dar. „Ich habe ihnen schon früher gesagt", so eines der Zitate, die Genosse Enver Hoxha anführt, „daß wir euch nach allen Kräften helfen werden. Aber die Hauptsache ist euere Arbeit, die große und ununterbrochene Arbeit für die allseitige Entwicklung des Landes, der Industrie, Landwirtschaft, Kultur und Verteidigung". Ebenso hob J.W. Stalin die innere Situation des Landes als entscheidenden Faktor gegenüber den äußeren Feinden hervor: „Die Feinde werden versuchen, Konflikte und Unsicherheiten in Albanien zu schüren, aber wenn Albanien von innen heraus stark ist, wird von außen keine Gefahr existieren."

J.W. Stalin, so berichtet Genosse Enver Hoxha weiter, betrachtete die Länder der Volksdemokratie niemals als von der UdSSR beherrscht, weder politisch noch wirtschaftlich. **Sehr wichtig in diesem Zusammenhang ist Stalins Haltung zur Frage nach der Gründung gemeinsamer albanisch-sowjetischer Firmen. „Er sagte mir", schreibt Genosse Enver Hoxha, „daß sie keine gemeinsamen Firmen mit den Bruderländern der Volksdemokratie einrichten würden, und sagte mir, daß erste Schritte, die zunächst in dieser Richtung unternommen wurden, falsch gewesen seien und rückgängig gemacht wurden." „Es ist unsere Pflicht", fuhr Stalin fort, „die Länder der Volksdemokratie mit der Technologie, die wir besitzen, auszurüsten, und ihnen wirtschaftliche Hilfe zu geben, die wir geben können, und wir werden immer bereit sein, das zu tun."**

„So", schreibt Genosse Enver Hoxha, „dachte und handelte J.W. Stalin." Er hebt hervor, daß dies das genaue Gegenteil von der Politik der Chruschtschow-Revisionisten war, die durch verschiedene Formen einer sogenannten „sozialistischen Integration", durch den RGW und den Warschauer Pakt, die Politik verfolgten, die anderen Länder der sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft" politisch und wirtschaftlich zu unterwerfen.

Stalin — der Führer der kommunistischen Weltbewegung

Stalin verfolgte immer mit großer Aufmerksamkeit den Kampf der kommunistischen Parteien der einzelnen Länder und war immer bereit, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dies beweist auch klar die Begegnung J.W. Stalins und anderer sowjetischer Führer mit Genossen Enver Hoxha, Mehmet Shehu und der Führung der KP Griechenlands anläßlich der Differenzen der albanischen und griechischen Partei in bezug auf die Haltung, die gegenüber den angloamerikanischen Truppen eingenommen werden sollte. Dort trugen Enver Hoxha für die Partei der Arbeit Albaniens und Nicos Zachariadis für die Kommunistische Partei Griechenlands die unterschiedlichen Ansichten der beiden Parteiführungen über die Ursachen der Niederlage der griechischen Befreiungsbewegung vor, um den Rat der führenden Genossen der KPdSU(B) zu suchen.

Diese Niederlage war nicht nur für das griechische Volk eine Katastrophe, sondern war auch für die anderen Völker des Balkan ein schwerer Rückschlag im antiimperialistischen Kampf, besonders für die Albaner und Bulgaren, die teilweise gemeinsame Aktionen mit den griechischen Patrioten unternommen hatten.

Während die Führung der griechischen Partei darauf beharrte, daß die Ursachen für diese schreckliche Niederlage hauptsächlich in der zu geringen Bewaffnung ihrer Befreiungsarmee und der unterbliebenen Hilfe aus Jugoslawien gewurzelt habe, kritisierten die albanischen Genossen entschieden politische und militärische Fehler der griechischen Partei. Das Abkommen von Varkiza mit den bürgerlichen Parteien sei ein schwerer politischer Fehler gewesen, der die griechische Partei ihrer eigenständigen politischen und militärischen Handlungsfreiheit beraubt habe, und der Aufbau einer regulären Armee anstelle des Partisanenkampfes als Ausgangspunkt sei ein entscheidender militärstrategischer Fehler der griechischen Genossen gewesen, betonten die Albaner.

Genosse Enver Hoxha berichtet: „Dann sprach Stalin. Er sprach in einem sehr warmen, familiären Ton, so wie wir es von ihm gewohnt waren. Er sprach in einfachen, direkten und außerordentlich klaren Worten. Er sagte, daß das griechische Volk einen heroischen Kampf geführt habe, in dem sein ganzer Mut zum Vorschein gekommen sei, aber, daß da auch Fehler gewesen seien."

„Was Varkiza betrifft", sagte Stalin, „da haben die Albaner recht. Ihr griechischen Genossen müßt begreifen, daß Varkiza ein großer Fehler war. Ihr hättet den Vertrag nicht unterzeichnen und die Waffen nicht aus der Hand legen dürfen, weil das dem Kampf des griechischen Volkes großen Schaden bereitet hat. Und auch was die Strategie im griechisch-demokratischen Befreiungskrieg betrifft, meine ich, daß die Albaner recht haben. Ihr hättet mit dem Partisanenkrieg beginnen müssen und von da aus zum Frontalkrieg übergehen."

„Ich", sagte Stalin weiter, „habe Genossen Enver Hoxha kritisiert, er solle einem Genossen, der am Boden liegt, nicht den Stiefel ins Gesicht setzen. Aber, nachdem, was wir jetzt hier gehört haben, stellt sich heraus, daß die albanischen Genossen eine richtige Einschätzung euren Haltungen und Handlungen gegenüber eingenommen haben."

„Was eure Haltung betrifft", fuhr Stalin fort, „daß ihr den Befreiungskampf nicht aufgenommen hättet, wenn ihr 1946 gewußt hättet, daß Tito ein Verräter ist, so ist diese Haltung falsch. Ihr müßt für die Freiheit eures Volkes unter allen Umständen kämpfen, auch wenn ihr umzingelt seid. Jedoch, müßt ihr sehen, daß ihr nicht umzingelt wart, denn an euerer Nordflanke gab es Albanien und Bulgarien, die eueren gerechten Kampf unterstützten."

„Das", schloß Stalin, „ist unsere Meinung. Was denkt ihr dazu?"

„Und so", erinnert sich Genosse Enver Hoxha, „sprach Stalin immer. Er äußerte die Meinung seiner Partei, seine eigenen Ansichten und betonte, daß es nun die Aufgabe der anderen Genossen sei, diese Meinung zu beurteilen, entsprechend den konkreten Verhältnissen ihres Landes beurteilen und so handeln, wie sie es für richtig finden."

Das letzte Treffen

„Das letzte Mal, daß ich Genossen Stalin traf", berichtet Enver Hoxha weiter, „war am Abend des 2. April 1951 um halb elf Uhr. Wir sprachen über verschiedene Fragen der inneren Situation unserer Partei und unseres Landes, über die wirtschaftlichen Fragen vor allem in der Landwirtschaft und anderes. Genosse Stalin drückte seine große Freude über die Entwicklung unseres Landes aus, über die Fortschritte unserer Partei und die Stärkung unserer Armee und ihrer Verbindungen zum Volk. Dann sagte er:

„In der gegenwärtigen Situation solltet ihr vor allem gegenüber jeder Gefahr aus Jugoslawien wachsam sein. Die Titoisten haben ihre Agenten in eurem Land, und sie werden weitere einschmuggeln. Sie wollen euch angreifen, aber sie können es nicht, weil sie die Konsequenzen fürchten."

„Ich erzählte ihm", fährt Genosse Enver Hoxha fort, „über unsere großen Anstrengungen, die Einheit von Partei und Volk zu verstärken und über die mächtigen Schläge, die wir den Feinden im Innern versetzt hatten. Ich sagte ihm, daß wir keinen Opportunismus und kein Zögern in diesem Kampf gezeigt hätten, und daß jene, deren Maß übervoll gewesen sei, vor Gericht gestellt worden seien, wo sie die ihnen gebührende Strafe bekommen hätten."

„Das habt ihr gut gemacht", sagte Stalin. „Der Feind", fuhr er fort, „wird sogar versuchen, sich in der Partei auszubreiten, auch im Zentralkomitee, aber seine Machenschaften werden durch hohe Wachsamkeit und eine entschlossene Haltung aufgedeckt."

„Bei diesem Treffen", erzählt Genosse Enver Hoxha in seinem Buch, „sprachen wir auch sehr ausführlich über wirtschaftliche Fragen unseres Landes. Stalin stellte eine Reihe von Fragen über die Fertigstellung des Textilkombinats und anderer Industrieobjekte, die gebaut werden. Als wir über die Landwirtschaft sprachen, fragte Stalin: ‚Habt ihr jetzt viele landwirtschaftliche Genossenschaften in Albanien?' — ‚Ungefähr neunzig' sagte ich. ‚Wie ist ihre Lage? Wie leben die Bauern dort?' ‚Die meisten dieser LPGs', antwortete ich ‚sind nicht älter als ein bis zwei Jahre. Trotzdem zeigen bereits eine Reihe von ihnen ihre Überlegenheit gegenüber dem kleinen Privateigentum.' Stalin sagte:

‚Ihr solltet euch nicht allzusehr damit beeilen, weitere LPGs zu schaffen. Versucht, die bestehenden zu stärken, damit sie hohe Erträge erzielen, dann werden die Mitglieder zufrieden sein und die anderen Bauern werden das sehen und ebenfalls Kollektivbauern werden wollen.' "

Am Ende der Erinnerung an dieses letzte Treffen mit J.W. Stalin notiert Genosse Enver Hoxha, Stalin habe auf seine Bitte um bestimmte wirtschaftliche Hilfeleistungen wie immer sehr großzügig reagiert und dann gesagt:

„Wir verstehen eure Lage gut, deshalb haben wir euch geholfen und werden euch noch mehr helfen. Aber, albanische Genossen, ich habe eine Kritik an euch. Ich habe eure Bedarfsliste gelesen und festgestellt, daß ihr nicht viele Leistungen für die Landwirtschaft wollt. Ihr wollt mehr Hilfe für die Industrie, aber die Industrie kann nicht stark sein und vorangehen ohne Landwirtschaft. Damit, Genossen, meine ich, daß ihr der Landwirtschaft größere Aufmerksamkeit widmen müßt. Wir haben euch Berater geschickt, die euch bei euren wirtschaftlichen Problemen helfen sollen, aber mir scheint, sie arbeiten nicht so gut."

„Wie in allen Begegnungen", faßt Genosse Enver Hoxha zusammen, „so war Stalin auch das letzte Mal, als wir ihn sprachen, unser Freund und Genosse". Er fügt hinzu, daß die albanische Staats- und Parteidelegation bei ihrer Reise durch die Sowjetunion überall gesehen und erlebt habe, wie die bolschewistische Partei die Sowjetmacht im Geiste des proletarischen Internationalismus erzog, und wie die Völker der UdSSR ihren Staat, ihre Partei und ihren Stalin liebten.

In seinem begleitenden Aufsatz zum 100. Geburtstag Stalins hebt Genosse Enver Hoxha nochmals die Bedeutung des Wirkens J.W. Stalins hervor, der den großen Eid, den er am Grabe Lenins ablegte, gehalten hat.

„Jetzt", schreibt Genosse Enver Hoxha, „beim Feiern dieses großen Jubiläums, ist es an der Zeit, daß die ehrlichen Menschen gründlich nachdenken, um den richtigen Weg zu finden", und meint damit den richtigen Weg des Kampfes gegen die weltweite Haßkampagne gegen J.W. Stalin.

Genosse Enver Hoxha fügt hinzu:

„Indem wir Stalin, sein Werk und seinen hundertsten Geburtstag feiern, kommen wir Marxisten-Leninisten nicht umhin, uns direkt an die Völker der Sowjetunion zu wenden und ihnen in aller Offenheit und Ehrlichkeit zu sagen: Ihr, die ihr mit Stalins Namen auf den Lippen gegen den gefährlichsten Feind der Menschheit gekämpft und gesiegt habt, werdet ihr bei diesem großen Festtag still bleiben?

Ihr, die ihr die große Oktoberrevolution durchgeführt habt, eure Pflicht ist es, euch eueres brillanten Führers mit Respekt zu erinnern. Ihr müßt das diktatorische, faschistische Regime, das sich hinter täuschenden Parolen versteckt, zerschmettern.

Die Hoffnung und der Wunsch der Welt ist es, daß ihr den Weg der Revolution einschlagt und vorwärts marschiert, indem ihr, wie eure Vorfahren ruft: Es lebe Lenin! Es lebe Stalin! Für den echten Sozialismus, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus."

Max Kegel (1850 — 1902)

Dichter und Publizist der revolutionären Arbeiterbewegung

Auf manche Namen bedeutender Leute stößt man zunächst nur aus Anlaß von Gedenktagen — wenn sich Geburtstag oder Sterbetag des Betreffenden mit einer runden Ziffer jährt. Ein Gedenkartikel ist fällig — gut. Man geht ans Werk, blättert in einschlägigen Lexika, durchstöbert Buchregale und verstaubte Textsammlungen, „liest sich ein" — Routinearbeit für ein Jahrestagartikelchen — ; doch unversehens nimmt einem der Verstorbene und Vergessene in Beschlag. Man freut sich über den Witz und die Prägnanz der literarischen Form, man wundert sich über die verbliebene Aktualität der Texte; „Sieh da, schon damals also!", denkt man, und man fragt sich: „Wieso ist dieser Mensch heute eigentlich so vergessen?"

Max Kegel — wer kennt diesen Namen? — war einer der bedeutendsten Lyriker der deutschen Arbeiterklasse im letzten Jahrhundert. Sicher, er war kein Heine, kein Brecht; aber er hat doch die Epoche, in der er lebte — die Bismarckzeit, die Zeit Wilhelms II — in witzigen oder aufrüttelnd-mitreißenden Versen eingefangen; er hat, was die Arbeiter im Deutschland des Sozialistengesetzes dachten und was sie bewegte, zu Papier gebracht, und vieles war nicht treffender zu sagen. Kegels Gedichte standen in den revolutionären sozialdemokratischen Blättern, in denen er veröffentlichte, oft anstelle eines Leitartikels. — Kegel hat gewiß seinen guten Teil beigetragen zur Entwicklung der proletarischen Literatur in Deutschland, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann ihre Blüte erlebte; und wenn auch die Verse und Klänge, die Kegel dazugegeben hat, heute nicht mehr erkannt und herausgehört werden, so würde dem Gesamtbild ohne sie etwas fehlen.

Aus Kegels vorwiegend lyrischem Werk ragt der — 1891 geschriebene und bis 1910 verbotene — „Sozialistenmarsch" („Auf, Sozialisten, schließt die Reihen…") hervor, der das Massenlied der revolutionären Sozialdemokratie wurde. Kegels Verse sind erfüllt von Klassenbewußtsein und Kampfbegeisterung. Zur wirklichkeitsgetreuen Widerspiegelung des Klassenkampfs und der damit verbundenen menschlichen Probleme, trat bei Kegel die optimistische Darstellung der revolutionären Perspektive („Die Pariser Kommune") hinzu. In satirischen Gedichten geißelte Kegel die Verpreußung Deutschlands und gab Spießbürgern, Denunzianten und Polizeispitzel der Lächerlichkeit preis; er prangerte aber auch den Opportunismus in den Reihen der Sozialdemokratie an.

Max Kegel wurde vor 130 Jahren, am 6. Januar 1850, als Sohn einer Näherin geboren. Gelernter Buchdrucker, schloß er sich 1869 der eben erst gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher) an; 1874 nahm er als Delegierter am sogenannten Vereinigungsparteitag in Gotha teil, der den Zusammenschluß der Lassalleaner und Eisenacher brachte. Zur Zeit des Sozialistengesetzes wurde er wiederholt denunziert, verhaftet und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Seit 1871 als Agitator und Publizist der revolutionären Arbeiterbewegung tätig, arbeitete Kegel vor allem an den satirischen und Witzblättern der Sozialdemokratie mit. So an den Zeitschriften „Der Nußknacker", „Hiddigeigi", „Süddeutscher Postillion" und zuletzt „Wahrer Jakob". Kegel ist am 10. August 1902 in München gestorben.

Gebet eines Liberalen

Nimm uns, heil'ge Reaktion,
Alles, was wir je erstrebten,
Als wir gottlos und verstockt
Noch mit dir im Streite lebten.
Nimm den Rest der Pressefreiheit,
Nimm Vereins-, Versammlungsrechte,
Sperre in das Zuchthaus ein
Alle, die nicht deine Knechte.
Dulde keinen freien Laut.
Darfst auch foltern, hängen, köpfen!
Nur den *Geldsack* lasse uns
und *das Recht, das Volk zu schröpfen.*
Amen.



Arbeiterversammlung in Sachsen im Sommer 1848

Zum Gedächtnis der Pariser Kommune

Bei des Lenzens erstem Gruße
Denken wir der großen Zeit,
Da am fernen Seineflusse
Sich das arme Volk befreit,
Da die Göttin der Kommune
Auf die Weltenbühne trat,
Freiheit bringend, fordernd Sühne
Für der Mächtigen Verrat.

„Gleiche Pflichten, gleiche Rechte!"
Diese Losung, stolz und klar,
Rief ins Toben der Gefechte
Kampfbereit den Proletar.
Seines roten Banners Falten
Flatterten im Pulverdampf,
Treu die Fahnenwacht gehalten
Hat er im Verzweiflungskampf.

Nicht gedrillte Söldnerscharen
Kämpften hier, weil sie gemußt,
Die Kommunestreiter waren
Ihres Zieles sich bewußt;
Und es kämpften auch die Frauen,
Von der Mordschlacht rings umloht,
Erst in hoffendem Vertrauen,
Dann um ihren Heldentod.

Und ihr wolltet sie verdammen,
Weil, als die Kommune sank,
Sich in Purpur, Blut und Flammen,
Noch um ihre Schulter schlang?
Weil des Volksheers letzte Reste
Euch nicht ließen leichtes Spiel,
Weil gesunken ihre Veste,
Stolz, wie einst Karthago fiel.

Nein, die Helden muß man ehren,
Die so treulich hielten stand,
Ihrem Ziele, diesem hehren,
Bleibt das Streben zugewandt.
Und wenn einst die Fahnen fliegen
Wiederum im Frühlingswehn,
Wird der Volksgeist nicht erliegen,
Die Kommune wird erstehn!



Hitler — ein Film aus Deutschland

Der Mann, der aus den Massen kam?

„Jeder spielt seinen Hitler, vor dem Spiegel, auf dem Motorrad; denken Sie in sich hinein, es geht um den Hitler in uns! Geben wir ihm in uns eine Chance! Schauen wir, wie er und wir an die Macht gekommen sind! Hitler, der Mann, der aus den Massen kam! Hitler heiratete wie jeder andere auch!"

Soweit eine Kostprobe aus dem 1. Teil des siebenstündigen Hitler-Epos von Hans-Jürgen Syberberg, der letzte Woche an zwei Abenden über die dritten Fernsehprogramme ausgestrahlt wurde. Der genaue Titel: Hitler — ein Film aus Deutschland!

„Es geht um einen, den macht uns keiner nach!" Jeder hat einen Hitler in sich? Jedermann ein verkappter Tyrann und Massenmörder?

Das ist die Quintessenz des 1. Teils. Hitler, ein psychologisches Phänomen, ein Wahnsinniger, dem die Worte in den Mund gelegt werden: „Ich bin ein leibhaftiger Teufel, der über Micky Maus lacht wie ihr!"

Schwülstige Wagner-Klänge im Hintergrund, Akkorde und Klangkaskaden, die sieghaft hervorbrechen, alles verschlingen, etwa nach Zitaten wie: „Die Demokratie ist die Ursache allen Elends!" Wie ein Leitmotiv zieht sich Andre Hellers morbide, phlegmatische Stimme mit Wiener Akzent durch die Szenen, steigert sich fast zur Wollust, wenn sie von „warmen Körpern, die noch in der Grube zittern" zu berichten weiß.

Alles in allem eine kunstfertig mit allen Tricks und Effekten aufbereitete extrem massenfeindliche Hetze. Hitler als Inbegriff des deutschen Volkes, Hitler als Geschöpf der Massen, Hitler als deutsche Tragik.

Syberberg interessieren weder die Millionen Leichen des Kriegs noch der KZs; ihn interessiert schon gar nicht die Ursachen für die faschistische Terrorherrschaft; unnötig zu erwähnen, daß er die Widerstandskämpfer, besonders die Kommunisten in eine Ecke mit Hitler stellt: „Alles Verbrecher die Täter? Alles Gute die Opfer?"

Die Sucht nach ästhetischer Lust, nach starken, rauschhaften Effekten, die Syberberg offenbar im Publikum hervorrufen will, steigern sich zur Perversion. Bedenkenlos läßt er in seinen psychologistischen Schwachsinn realistische Bilder der Nazi-Opfer einfließen, verwurstet und mißbraucht sie zur Steigerung der Wirkung seiner Szenen.

Ein einleitender Sprecher teilte dem staunenden Publikum mit: „Es handelt sich nicht um private Szenen vom Furcht und Elend des 3. Reiches, nicht um einen linken KZ-Porno!"

Der Film, der vom Titel her zumindest die bescheidene Hoffnung weckt, hier handele es sich um einen Beitrag zum Antifaschismus, einen Beitrag zur Aufklärung über die deutsche Vergangenheit, ist das genaue Gegenteil: Syberberg propagiert die stockreaktionäre Auffassung, die ausgebeuteten Massen hätten den Faschismus und seine Verbrechen hervorgebracht, die ausgebeuteten Massen gingen überhaupt mit dem Faschismus schwanger.

Die Gefahr einer erneuten faschistischen Diktatur besteht in der Tat. Nur, daß gerade das Volk, das von Syberberg auf das zynischste diffamiert wird, die Kraft ist, die dem Faschismus den Weg verlegen kann und muß.

Man sollte die Wirkung eines solchen Films nicht unterschätzen. Zwar kann man getrost davon ausgehen, daß das werktätige Publikum angesichts der avantgardistischen Kapriolen Syberbergs kurzerhand ins andere Programm schaltet, doch ist die antifaschistische Bewegung in unserem Land stark von kleinbürgerlichen Kräften durchsetzt, denen von ihrer Klassenlage her der Hang zum Individualismus eigen ist, die eine instinktive Furcht vor dem Klassenkampf des Proletariats haben.

Viele von ihnen können selbstverständlich für einen konsequenten antifaschistischen Kampf gewonnen werden. Aber genau an diesem Punkt setzt Syberbergs Film an. Von einer rationalen Vergangenheitsbewältigung keine Spur, von einer verstandesmäßigen Klärung der Erscheinung Hitlers, von einem Lernen aus der Geschichte für die Zukunft, keine Rede.

Stattdessen wird die Angst vor den Massen gezüchtet und genährt, geradezu propagiert und zwar mit allen psychologischen Tricks, mit aller suggestiven Kraft, die das Medium Fernsehen zu bieten hat.

Kulturpreis mit Maulkorb

Der vor zwei Jahren neu gestiftete Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen wurde vor kurzem dem 1940 in Gleiwitz geborenen Schriftsteller Wolfgang Bittner verliehen. Die Preisverteilung selbst aber verlief etwas seltsam: Der Preisträger bekam keine Gelegenheit sich zu äußern, weder mit gesprochenem noch mit geschriebenem Wort. Er wurde weder zu einer Lesung eingeladen, noch ließ man ihn auf der offiziellen Feier seinen Dank aussprechen. Die Festschrift, zu der Bittner um einen Beitrag gebeten worden war, enthielt schließlich keine Zeile von ihm. Das merkwürdige Verhalten rechtfertigte der Pressesprecher des für Ländersachen zuständigen niedersächsischen Bundesratsministers Hasselmann damit, daß sich sonst die Leute von der Landsmannschaft brüskiert gefühlt hätten.

Nach einer offiziellen Verlautbarung beabsichtigt das Land Niedersachsen mit diesem Preis seiner Verbundenheit zu den in der Bundesrepublik lebenden Schlesiern Ausdruck zu verleihen. Wolfgang Bittner selbst aber hält einen solchen Preis „zumindest für problematisch".

Wolfgang Bittner, Verfasser von Satiren auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit und Autor des Romans „Der Aufsteiger", wird auf dem Kongress gegen Reaktion und Faschismus am 26. Januar in Dortmund mit eigenen Beiträgen hervortreten.

Bayrische Geschichtsklitterung

„Für verfrüht und in der Tendenz für fragwürdig" hält der bayerische Kultusminister Maier die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 — 45", zusammengestellt von der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Verfolgtenverbände. Die bayerische Regierung will die Ausstellung weder übernehmen noch finanziell unterstützen; sie will nicht dazu beitragen, daß sie von Schülern im Rahmen des Geschichtsunterrichts besucht oder von einzelnen Kommunen erworben werden kann.

„Verfrüht" — das muß man zweimal lesen. Fast 35 Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus bezeichnet ein bayerischer Kultusminister Maier eine Ausstellung über den antifaschistischen Widerstand als „verfrüht". Da kann man nur entgegnen: Sie, Herr Maier, haben sich verspätet, um mindestens 35 Jahre!

Was Maier an der Ausstellung nicht gefällt, ist, daß sie neben dem Kampf bürgerlicher und kirchlicher Gruppen auch den kommunistischen Widerstand zeigt. Das ist für den bayerischen Geschichtsklitterer „tendenziös", „fragwürdig" und „einseitig", und er setzt nun alles daran, zu verhindern, daß die bayrische Jugend die geschichtliche Wahrheit erfährt.

Die Geschichtsdokumentation ist seit 1976 in 19 bayerischen Städten mit großem Erfolg gezeigt worden. Rund 300 000 Menschen haben sie besucht, darunter waren mehr als 2 000 Schulklassen.

Filmtip

19./20. Januar — Samstag/Sonntag — in Oberhausen
Ort: Auditorium in der Stadthalle (2 Minuten vom Hauptbahnhof)

Holocaust

(USA 1978)

Samstag, 19.1. 15.00 Uhr: **Holocaust Teil I**
Nach einer kurzen Pause ca. 17.30 Uhr: **Holocaust Teil II**
Anschließend ca. 20.00 Uhr: Referat zu **Holocaust**, mit anschließender Diskussion
Sonntag, 20.1. 10.00 Uhr: **Holocaust Teil III**
Nach einer Mittagspause 15.00 Uhr: **Holocaust Teil IV**
Anschließend findet eine Publikumsdiskussion statt. Die Filmteile können auch einzeln angesehen werden. Eintritt frei.

28. Januar — Montag — in Oberhausen
Ort: Stadtkino Mülheimer Straße (5 Minuten vom Hauptbahnhof)

Das Lied der Matrosen

(DDR 1958)

Spielfilm über die Novemberrevolution 1918 in Kiel



In vielen Schusterwerkstätten in Georgien hängt noch immer das Bild Stalins, dessen Vater selbst ein kleiner Schuhmacher war.



Kalenderblatt aus einem in Georgien illegal hergestellten und in der Sowjetunion illegal verbreiteten Stalin-Kalender.



Samstag, 12. Januar, 21.55 Uhr, Südwest III
Ernst Busch und sein Jahrhundert. Dokumentarfilm über den bekannten Sänger und Schauspieler Ernst Busch.

Sonntag, 13. Januar, 14.20 Uhr, ARD
Die rote Zora und ihre Bande. 3. Folge: **Die Burg der Uskoken.** Die 13teilige Fernsehserie wurde nach dem gleichnamigen Jugendbuch des revolutionären Schriftstellers Kurt Kläber (Pseudonym: Kurt Held) gedreht. In Klähers Buch wird das Treiben einer Schar Jugendlicher vor dem romantisch anmutenden, aber in seinen sozialen Gegensätzen scharf beleuchteten Hintergrund eines Fischerdorfes in Dalmatien geschildert.

Sonntag, 13. Januar, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Ernst Thälmann — Sohn seiner Klasse. Revolutionärer und mitreißender Spielfilm aus dem Jahr 1954 (DDR)

Montag, 14. Januar, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Ernst Thälmann — Führer seiner Klasse. Revolutionärer Spielfilm.

Montag, 14. Januar, 20.15 Uhr, West III
Landwirtschaft heute. Der bäuerliche Familienbetrieb oder die 365-Tage-Schicht. Dokumentarfilm über einen — wie es in der Vorankündigung heißt — „für die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik typischen Hof".

Dienstag, 15. Januar, 21.20 Uhr, ZDF
Ich hoffe weiter. Dokumentarfilm über die skandalöse Wiedergutmachungspraxis der Bundesrepublik gegenüber Nazi-Opfern.

Stalin-Denkmal in Georgien

Nicht „Schrecken des Volkes", sondern Schrecken der Breschnew-Clique

Das Sowjetvolk verehrt Stalin

Stalins 100. Geburtstag am 21. Dezember 1979 ist nicht vorübergegangen ohne daß auch in unserem Land der ganze Kübel der altbekannten bürgerlichen Lügen und Verleumdungen wieder aufgewärmt und abermals über Stalin ausgegossen wurde. Kein Sender ohne antikommunistische Stalin-Sendung. Keine bürgerliche Zeitung oder Zeitschrift ohne blutrünstige Stalin-Serie oder zumindest den giftigen Artikel eines „Kronzeugen" oder „Experten".

Allein, die Stalin-Verleumder befinden sich in einem unlösbaren Dilemma, und dieses Dilemma ist selbst an ihren eigenen Artikeln ablesbar. So wird im „Stern" 52/79 Stalin zunächst dargestellt als „Despot, der von 1924 bis zu seinem Tode 1953 Schrecken über das sowjetische Volk gebracht hat". Einige Seiten weiter aber zitiert der „Stern" einen georgischen Historiker, der sagt: „Unsere Intelligenz verachtet Stalin und distanziert sich von ihm, das einfache Volk verehrt ihn als starken Mann"! — Wie das? Wenn Stalin der „Schrecken des Volkes" gewesen war, wie kann es ihn dann heute verehren? Etwas stimmt da nicht.

Über die Haltung der Völker der Sowjetunion zu Stalin ist gerade anläßlich seines 100sten Geburtstags einiges mehr bekanntgeworden. Hier einige Beispiele:

• Wie die bürgerliche Presse schreibt, herrschte am 21. Dezember, dem 100. Geburtstag, Festtagsstimmung in Gori, dem Geburtsort Stalins. Schon am frühen Morgen zogen tanzende und singende Menschen durch die Straßen und trugen Chrysanthemen, rote Nelken und Stalin-Porträts mit sich. Dies trotz der massiven Versuche der Behörden, die Kundgebungen zu verhindern. So waren beispielsweise am 21. Dezember die Nahverkehrsverbindungen nach Gori gesperrt worden.

• Ein französischer Korrespondent berichtete: *„Stalin ist heute sehr präsent in Georgien. In Tbilissi tragen eine Straße, eine Kolchose und ein Park seinen Namen, und an der Front des Kunstmuseums findet sich eine Plakette, die daran erinnert, daß Stalin hier studierte. In den Kaufhäusern der Stadt findet man das Porträt Stalins häufiger am Ehrenplatz als das von Leonid Breschnew, und in den Autos scheint eine kleine Fotographie des ‚Führers' populärer zu sein als ‚Miska', das Symbol der Olympischen Spiele. Im Zug von Tbilissi nach Gori bieten ambulante Händler für einen Rubel Stalin-Fotos an."*

• Das Stalin-Museum in Stalins Geburtsstadt Gori hatte im vergangenen Jahr rund eine halbe Million Besucher. Die Besucher kamen nicht nur aus Georgien, sondern aus der ganzen Sowjetunion, unter ihnen waren viele Jugendliche. Der „Stern" schreibt: „Gori ist zum Pilgerort des Personenkults geworden, vor allem Veteranen des zweiten Weltkriegs wallfahren zum Führer des ‚Großen Vaterländischen Krieges'."

• Die Stalin-Verehrung beschränkt sich keinesfalls, wie es die Medien meistens weismachen wollen, auf Georgien. In der ganzen Sowjetunion kann man in Taxen und Fernlastzügen etwa Stalins Bild finden; bei Kinofilmen, in denen Stalin oder sein Name auftaucht, wird demonstrativ Beifall gespendet; viele Sowjetmenschen machen auch in der Öffentlichkeit kein Hehl mehr daraus, daß sie sich nach einer Zeit wie der Stalins sehnen, als noch die Arbeiterklasse die Macht im Staate hielt und nicht eine Handvoll revisionistischer Parteibonzen und Bürokraten.

Wenn auch nicht der Schrecken des Volkes", so ist Stalin doch immer noch der Schrecken der heutigen Machthaber, der Parteibonzen und -bürokraten, die Stalins Erbe verraten haben. Ihr Hofdichter Jewtuschenko formulierte ihre Ängste, als er in einem Gedicht schrieb: „Verdoppelt, verdreifacht die Wachen an seinem Grab, damit er nicht wieder aufsteht und mit ihm — die Vergangenheit." Die Ängste sind berechtigt. Die Erinnerung an Stalin und damit an die Stalinsche Vergangenheit lebt noch immer positiv in den Völkern der Sowjetunion.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. . . . . . .

◯ für 1 Jahr ◯ für 1/2 Jahr ◯ Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Datum: . . . . **Unterschrift:** . . . .
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
◯ jährlich **DM 60.-** ◯ halbjährlich **DM 30.-**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.